

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsministerin Emilia Müller

Abg. Doris Rauscher

Abg. Joachim Unterländer

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Katharina Schulze

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Christine Kamm

Abg. Thomas Huber

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Regierungserklärung der Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

"Soziale Lage in Bayern"

Das Wort hat Frau Staatsministerin Emilia Müller. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Montag habe ich Ihnen den Vierten Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern übermittelt. Der Bericht zeigt, dass die soziale Lage in Bayern so gut ist wie nie zuvor. Das heißt nicht, dass es in Bayern keine Herausforderungen in der Arbeitsmarktpolitik und der Sozialpolitik gibt. Wir handeln und nehmen diese Herausforderungen an.

Bayern hat in den vergangenen 70 Jahren eine beispiellose Erfolgsgeschichte geschrieben. Bayern hat sich von einem stark landwirtschaftlich geprägten Land zu einem weltweit renommierten Hightech-Standort entwickelt. Bayern zählt zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in der Europäischen Union. Unsere Gesellschaft ist im ständigen Wandel. Sie wird immer offener und weltgewandter. Wir meistern die Globalisierung erfolgreich. Wir stellen uns den Herausforderungen der Digitalisierung. Trotz allen Wandels: Bayern ist immer Bayern geblieben.

Die bayerische Erfolgsgeschichte ist das Ergebnis einer bayerischen Gemeinschaftsleistung. Gut ausgebildete und hoch motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, exportstarke und innovative Unternehmen sowie starke Gewerkschaften und starke Verbände haben unser Land groß gemacht. Dafür danke ich.

(Beifall bei der CSU)

Diese bayerische Erfolgsgeschichte ist auch das Ergebnis kluger und nachhaltiger Standort-, Wirtschafts- und Sozialpolitik über Jahrzehnte hinweg. Als Sozialministerin ist es mir wichtig, dass wirtschaftlicher Erfolg nie ein Selbstzweck sein darf. Wirtschaft-

licher Erfolg ist die Basis für unseren Wohlstand, für soziale Sicherheit und für sozialen Frieden. Auch dafür steht Bayern. Bayern beachtet wie kein anderes Land die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, nämlich Eigenverantwortung und Solidarität, Leistung, Chancengerechtigkeit und sozialer Ausgleich. Dafür steht diese Staatsregierung. Das war und ist unser Weg für Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Auf diesem Weg haben wir in Bayern ein Wohlstandsniveau erreicht wie nie zuvor. Das gibt es nirgendwo anders in Deutschland.

Ich will Ihnen sechs Gründe nennen, warum Bayern heute in der Tat das Land der sozialen Gerechtigkeit ist.

Erstens. Sozial ist, was Arbeit schafft.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt auch: Wirtschaftlicher Erfolg ist die Basis für soziale Leistungen. Wirtschaftlicher Erfolg schafft Arbeitsplätze, und Arbeitsplätze schaffen Wohlstand. Insofern stehen wir hervorragend da. In Bayern herrscht Vollbeschäftigung. Wir haben heute so viele Menschen in Arbeit wie nie zuvor,

(Beifall bei der CSU)

und zwar rund 7,3 Millionen Erwerbstätige und knapp 5,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Darunter sind weit mehr Frauen als im Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben mit 3,5 % Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2016 und mit 3,2 % Arbeitslosen im April 2017, also aktuell, die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Das ist seit 20 Jahren die beste Arbeitsmarktlage. Ende der Sechzigerjahre hatten wir in manchen Gegenden Bayerns eine Winterarbeitslosigkeit von über 40 %. Ich kann mich daran noch gut erinnern, und viele von Ihnen wahrscheinlich auch.

Die Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten der Regierungsbezirke haben sich in den vergangenen zehn Jahren auf nur einen Prozentpunkt reduziert. Alle sieben Regierungsbezirke haben sich positiv entwickelt. In Bayern ist auch der ländliche Raum wirtschaftlich vital. Mittlerweile hat jeder Regierungsbezirk bei der Arbeitslosigkeit eine Drei vor dem Komma. Das ist ein großartiges Zeichen.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen in Bayern gleichwertige Lebensverhältnisse. Unsere Maßnahmen greifen. Das zeigen die Zahlen.

Der Anteil der regulären Arbeitsverhältnisse steigt kontinuierlich. Allein in den letzten zehn Jahren sind circa eine Million neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Als Sozialministerin macht mich besonders stolz und freut mich, dass wir in Bayern die Jugendarbeitslosigkeit besiegt haben; denn im April 2017 lag die Quote bei nur noch 2,7 %.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist das Land der Chancen. Hier kann jeder aus seinem Leben das Beste machen. Bayern bietet also Zukunftschancen für die junge Generation.

Zweitens. Sozial ist, dass der Wohlstand bei den Menschen ankommt. Wirtschaftlicher Erfolg ist wichtig. Sozial ist, wenn dieser Erfolg bei den Menschen ankommt. Das ist in Bayern so. Die Menschen profitieren vom wirtschaftlichen Erfolg. Die bayerischen Einkommen liegen fast 9 % über dem Bundesniveau. Nirgendwo in Deutschland sind weniger Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen als in Bayern; also halb so viele wie in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Das schlägt sich natürlich auch in der sogenannten Armutsgefährdungsquote nieder. Wir haben in Bayern mit 11,6 % die niedrigste Armutsgefährdungsquote; in Deutschland liegt diese mit 15,7 % gut ein Drittel höher.

Der Sozialbericht zeigt auch: In Bayern sind die meisten Menschen nur vorübergehend armutsgefährdet. Die Quote der dauerhaft Armutsgefährdeten liegt in Bayern bei nur 2,5 %. Auf Bundesebene ist dieser Wert mehr als doppelt so hoch. Armutsgefährdete Kinder gibt es nur in armutsgefährdeten Haushalten. In Bayern gibt es die wenigsten armutsgefährdeten Kinder. Aber wir sind uns wohl alle einig: Jedes armutsgefährdete Kind ist eines zu viel. Dagegen müssen wir etwas tun.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Sozial ist, dass es den Familien in unserem Land gut geht. Bayern setzt bei der Familienpolitik auf Wahlfreiheit. Wir sagen Eltern nicht, wie sie Familie leben sollen, sondern sorgen dafür, dass die Familien leben können, wie sie wollen. Das gibt es nur in Bayern. Bayern ist das Familienland Nummer eins.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Im Doppelhaushalt 2017/2018 geben wir fast 5 Milliarden Euro für Familien aus. Kein anderes Bundesland unterstützt Familien besser, als wir das tun.

(Beifall bei der CSU)

Damit knüpfen wir ein bundesweit einzigartiges Netz an Unterstützungsleistungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Damit finanzieren wir Familienleistungen, die es in anderen Ländern nicht gibt. Wir bauen das Landeserziehungsgeld nicht ab, sondern weiter aus. Wir haben das bayerische Betreuungsgeld eingeführt und bislang 125.000-mal ausbezahlt. 74 % der Eltern nehmen das Betreuungsgeld in Anspruch. Spitzenreiter sind die Niederbayern mit 78 %.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird mit dem Familienpakt Bayern großgeschrieben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber vor allem auch mit dem Ausbau der Kinderbetreuung in den vergangenen zehn Jahren haben wir rund 1.600 neue Kitas geschaffen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): In zehn Jahren!)

Wir haben 520.000 Kinder in den Kitas und 76 % mehr Fachkräfte. In Bayern ist die Geburtenziffer auf fast 1,5 Kinder pro Frau kontinuierlich gestiegen. Darüber freue ich mich als Familienministerin ganz besonders.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Sozial ist, dass die Menschen zusammenhalten. Fast jeder Zweite über 14 Jahren engagiert sich ehrenamtlich für die Gesellschaft, zum Beispiel bei der Feuerwehr, in Sport- und Traditionsvereinen, in Kirchengemeinschaften oder im sozialen Bereich. Das ist der Kitt in unserer Gesellschaft und ein großartiges Zeichen des Zusammenhalts. Bayern ist das Land des Ehrenamts.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke allen Ehrenamtlichen für ihren Dienst am Mitmenschen. Das macht Bayern liebens- und lebenswert. Beim gesellschaftlichen Zusammenhalt sind wir in Bayern innovativ. Nur ein Beispiel von vielen: Mit unserer Förderung für Sozialgenossenschaften unterstützen wir ein ganz neues Instrument der bürgerschaftlichen Selbsthilfe.

Auf die Frage, wie wir im Alter leben wollen, geben unsere Seniorengenossenschaften eine gute Antwort. Wir bauen auf die Tatkraft und den Zusammenhalt selbstbewusster Bürger, die ihr Leben auch im Alter selbst in die Hand nehmen wollen. Dazu gehört vor

allem auch, dass die Menschen so lange wie möglich zu Hause leben können. Deswegen haben wir die Initiative "Zu Hause daheim" ins Leben gerufen. Mit ihr machen wir neue Wohnformen im Alter bekannt und attraktiv.

Zusammenhalt ist auch, wenn Inklusion von Menschen mit Behinderung gelingt. Es gibt noch viel zu tun, bis wir eine wirklich inklusive Gesellschaft erreicht haben. Aber wir arbeiten mit Nachdruck daran. Es ist wichtig, die Barrieren zu beseitigen, vor allen Dingen die Barrieren in den Köpfen, damit es auch in Zukunft eine Selbstverständlichkeit ist, dass Menschen mit und ohne Behinderung zusammen arbeiten, zusammen leben, zusammen lernen und in unserer Gesellschaft zusammen Spaß haben können.

(Beifall bei der CSU)

Wir tun etwas für Menschen mit Behinderung. Ich nenne nur einige Beispiele dafür: Bayern war beim Bundesteilhabegesetz Taktgeber. Damit haben wir für die inklusive Gesellschaft den Paradigmenwechsel erfolgreich angestoßen. Es ist Bayern zu verdanken, dass mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes der Mensch mit Behinderung im Mittelpunkt steht und dieser eine bessere Teilhabe an der Gesellschaft erfährt als jemals zuvor.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Infrastruktur in Bayern gestalten wir systematisch barrierefrei. Wir fördern die Inklusion am Arbeitsmarkt mit rund 75 Millionen Euro aus der Ausgleichsabgabe. Das alles sind Meilensteine für die inklusive Gesellschaft in Bayern. Diese wollen wir auch in Zukunft vorantreiben.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens. Sozial ist, dass Integration gelingt. Bayern ist das Land der gelingenden Integration. Wir investieren wie kein anderes Land in die Integration. Wir haben immer sehr deutlich gemacht, was die Grundlagen unseres Zusammenlebens sind. Wir fordern den Integrationswillen ein und bieten dafür beste Chancen. Unser klarer Kurs hat

Erfolg. Menschen mit Migrationshintergrund haben in Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote, die niedrigste Hartz-IV-Quote, aber die höchste Erwerbstätigenquote.

(Beifall bei der CSU)

Dass es sich bei uns in Bayern gut leben und arbeiten lässt, wissen auch die Menschen mit Migrationshintergrund. Das belegt auch eine Studie des Berliner Forschungsinstituts "Ethnic Market and Media Research". Sie kommt zu dem Schluss: Bayern ist Modellland der gelebten Integration in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das sind starke Fakten. Sie sind der Erfolg der Menschen in Bayern. Sie sind auch das Ergebnis einer klugen Politik. Wir setzen auf Eigenverantwortung und Eigeninitiative. Wir helfen den Menschen, die sich nicht selbst helfen können. Bayern steht für wirtschaftliche und soziale Stärke. Die Unterschiede zu Ländern, in denen Rot-Grün regiert, sind ziemlich deutlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir auf Nordrhein-Westfalen und die Bilanz von zuletzt sieben Jahren rot-grüner Regierung. Die Arbeitslosigkeit ist dort mehr als doppelt so hoch wie in Bayern. Das Einkommen ist um 6,2 % niedriger und die Armutsgefährdungsquote um 50 % höher als in Bayern. Deshalb haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen am Sonntag Rot-Grün abgewählt. Ich glaube, mehr muss man dazu nicht sagen.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, die soziale Lage in Bayern ist so gut wie nie zuvor. Ich muss das immer wieder betonen. Ich lasse unser Land nicht schlechtreden.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem gibt es keinen Grund, sich auf dem bisher Erreichten auszuruhen. In einer Welt, die sich so schnell und radikal wandelt wie die unsere, müssen wir hart arbeiten,

damit Bayern auch in Zukunft erfolgreich ist und alle Menschen von der guten Situation in Bayern profitieren können.

Sechstens. Sozial ist, dass Bayern die Herausforderungen offensiv angeht. Als Beispiel nenne ich die Langzeitarbeitslosen. Wir haben in Bayern den niedrigsten Anteil an Langzeitarbeitslosen. Diese Menschen brauchen jedoch unsere Unterstützung, um am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Genau deswegen müssen wir uns verstärkt um sie kümmern. Das tun wir. Wir nehmen die Stärken dieser Menschen in den Blick. Mit unseren Modellprojekten in Nürnberg und Fürth haben wir den sogenannten ganzheitlichen Ansatz entwickelt. Dabei geht es nicht nur um die Unterstützung für den einzelnen Langzeitarbeitslosen, sondern um die ganze Familie. So durchbrechen wir den Teufelskreis der sozialen Vererbung von Arbeitslosigkeit. Mit dem Modell CURA tragen wir diesen erfolgreichen Ansatz nun in die Fläche in ganz Bayern. Es muss nach wie vor unsere Maxime bleiben, die Menschen so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu bringen. Gerhard Schröder hatte damit übrigens damals recht. Mit der Rolle rückwärts bei der Agenda 2010 liegt die SPD falsch.

(Beifall bei der CSU)

Arbeitslose länger als nötig zu alimentieren, war damals falsch und ist es heute noch.

(Beifall bei der CSU)

Häufig geht es in Diskussionen über die soziale Lage um die sogenannte Armutsgefährdungsquote. Sie wird gerne politisch instrumentalisiert. Um es klar zu sagen: Ich nehme die Armutsgefährdungsquote ernst, sogar sehr ernst. Aber ich analysiere sie und instrumentalisiere sie nicht. Die sogenannte Armutsgefährdungsquote sagt wenig darüber aus, wer in Deutschland wirklich arm ist; denn die Quote berücksichtigt nicht das Vermögen der einzelnen Personen. Sie sagt nur, welcher Anteil der Bevölkerung ein vergleichsweise niedriges Einkommen hat. Auf das Wort "vergleichsweise" kommt es dabei an. Zur Verdeutlichung: Selbst wenn wir alle Einkommen verdoppeln würden, würde das nichts an dieser Quote ändern.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb müssen wir genau hinschauen, wo wirklich Herausforderungen bestehen. Als Beispiel nenne ich die Alleinerziehenden. Ihre Armutsgefährdungsquote ist in Deutschland mit 43,8 % sehr hoch. In Bayern ist sie zwar mit 36,7 % erheblich niedriger, aber eben trotzdem viel zu hoch. Deshalb unterstützen wir die Alleinerziehenden zielgenau und effizient. Mit dem Landeserziehungsgeld helfen wir gerade auch den Alleinerziehenden. Wir haben zum 1. Januar die Einkommensgrenzen angehoben, für Alleinerziehende wesentlich stärker als für Paare.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben dafür gesorgt, dass der Unterhaltsvorschuss massiv verbessert wurde. Wir haben ihn erhöht. Ab 1. Juli kann er zeitlich unbegrenzt und dann auch bis zum 18. Lebensjahr des Kindes gezahlt werden. Endlich wird das vom Bund auch vernünftig umgesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Die besondere Unterstützung für Alleinerziehende bleibt auf unserer Agenda. Wir wollen zum Beispiel Verbesserungen beim Kinderzuschlag. Die beste Vorsorge gegen Armut ist ein guter und sicherer Arbeitsplatz. Das wissen wir alle. Deswegen kommt gerade Alleinerziehenden der massive Ausbau der Kinderbetreuung, auch zu den Randzeiten, zugute.

(Beifall bei der CSU)

Die Teilzeitausbildung ist eine besonders gute Option für Alleinerziehende und speziell für junge Mütter, die ihre Berufsausbildung abgebrochen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres Beispiel ist die Armutsgefährdung Älterer. Dass wir eine Quote haben, die mit 16,7 % über dem Bundeswert von 14,6 % liegt, ist die Folge der jahrzehntelangen wirtschaftlichen Prägung des Freistaats als

Agrarland. Doch auch hier spiegelt die Armutsgefährdungsquote allein die Realität nicht vollständig wider. Erstens findet sich das Vermögen, zum Beispiel die selbstbewohnte eigene Wohnung, in diesen Werten nicht wieder. An dieser Stelle haben die älteren Menschen in Bayern jedoch besonders gut vorgesorgt. Ihr durchschnittliches Nettovermögen ist fast 60 % höher als der deutsche Schnitt. Zweitens stellen wir mit der Grundsicherung im Alter sicher, dass auch im Alter niemand in Armut leben muss. In Bayern sind nur 2,8 % der älteren Menschen darauf angewiesen. Drittens zeigen die steigenden Neurenten, dass wir die erhöhte Armutsgefährdung im Alter hinter uns lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine klare Position: Einfach an der Rentenformel zu drehen, ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen passgenaue Lösungen für die armutsgefährdeten Gruppen. Die Rente muss dabei generationengerecht für Jung und Alt und ein Spiegel der Lebensleistung sein und bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Armutsgefährdung im Alter betrifft häufiger Frauen, weil ihre Lebensleistung, ihre Erziehungsleistung, nicht ausreichend gewürdigt wird.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben deshalb die Mütterrente durchgesetzt. Sie bekämpft zielgerichtet die Armutsgefährdung älterer Frauen und muss noch weiter ausgebaut werden. Alle Mütter müssen gleich behandelt werden, und deswegen brauchen wir die Anrechnung von drei Rentenpunkten auch für Mütter,

(Beifall bei der CSU)

deren Kinder vor 1992 geboren worden sind. Das ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vielleicht größte Herausforderung ist die Integration. Sozial ist, dass Integration auch in Zukunft gelingt. Bayern hat hier einen klaren Kurs: Integration ist keine Einbahnstraße, und deshalb haben wir mit dem Bayerischen Integrationsgesetz unseren Grundsatz des Förderns und Forderns verbindlich festgelegt. Wir fördern Integration. Als andere noch über Zugang und Unterkunft debattiert haben, haben wir bereits im Oktober 2015 mit unserem mehrjährigen Sonderprogramm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" umgehend Zeichen gesetzt, und das bundesweit. Dabei haben wir besonderen Wert auf Deutsch-Förderung gelegt; denn die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Zusammen mit der bayerischen Wirtschaft fördern wir mit der Initiative "Integration durch Ausbildung und Arbeit" den Schritt von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Über 60.000 Flüchtlinge haben wir bereits Ende 2016 in Ausbildung, Arbeit oder in ein Praktikum gebracht – ein riesiger Erfolg. Mein Dank geht hier ganz besonders an die bayerische Wirtschaft und auch an die Arbeitsverwaltung.

(Beifall bei der CSU)

Zudem fördern wir den Wohnungsbau durch die Gemeinden und private Investoren. Wir bauen aber als Freistaat über den Wohnungspakt Bayern auch selbst. Bis zum Jahr 2019 werden so bis zu 28.000 neue Mietwohnungen für alle, für die einheimische Bevölkerung und auch für anerkannte Flüchtlinge, entstehen. Das ist unsere Planung.

Wir fördern Integration nicht nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern sie auch ein mit klaren Regeln für unser Zusammenleben, aber auch mit Respekt füreinander und Sensibilität für andere Kulturen. Aber – und das muss man schon in aller Deutlichkeit sagen –: Bayern muss Bayern bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Zur Wahrheit in der Integrationsdebatte gehört auch die Aussage: Kein Land hält auf Dauer unbegrenzten Zuzug aus. Deshalb ist unsere Haltung klar: Humane Unterbrin-

gung während des Asylverfahrens, eine rasche Rückführung abgelehnter Asylbewerber und eine Begrenzung der Zuwanderung, damit Integration auch gelingen kann.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Bayern hat sich gerade in dieser Legislaturperiode hervorragend entwickelt. Wir haben den besten Arbeitsmarkt in Deutschland, wir bieten beste Chancen für Familien, wir haben einen nie gekannten Wohlstand erreicht, wir bauen Barrieren systematisch ab, wir ermöglichen Teilhabe und Integration wie kein anderes Land. Der Vierte Sozialbericht ist der Auftakt zu einer breiten Diskussion, zu einem breiten Diskurs, um diese Erfolge fortzuführen. Arbeitnehmer und Unternehmer, Junge und Alte, Männer und Frauen, Menschen mit und ohne Behinderung und mit und ohne Migrationshintergrund, Altbayern und Franken, Schwaben und unser vierter Stamm – wir alle gemeinsam haben diese bayerische Erfolgsgeschichte geschrieben, und wir werden sie auch in Zukunft fortschreiben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Bevor ich die Aussprache eröffne, darf ich kurz über die Redezeiten informieren: Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 96 Minuten und verteilt sich wie folgt: CSU 32 Minuten, SPD 24 Minuten, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 20 Minuten. Die fraktionslose Abgeordnete Claudia Stamm hat 4 Minuten Redezeit. Jetzt eröffne ich die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Rauscher von der SPD. – Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Ministerin Müller! Für heute haben wir alle damit gerechnet, dass Sie die Lage in Bayern eher in den leucht-

endsten Farben schildern. Wir wollen die Situation in Bayern auch überhaupt nicht schlechtreden,

(Thomas Kreuzer (CSU): Bravo! – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

aber wir wollen ein ehrliches Wort sprechen. Wir müssen ein paar Dinge benennen, ohne die Situation in Bayern schlechtzureden; denn die wirkliche Situation konnten wir im Bericht zur sozialen Lage in Bayern sehen. Dort haben wir festgestellt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Das ist doch das eigentlich dramatische Ergebnis dieses Sozialberichts.

(Beifall bei der SPD)

Aber wie Sie es schaffen, all die Menschen zu verdrängen, deren Leben täglich eine Herausforderung darstellt, finde ich wirklich unglaublich.

(Beifall bei der SPD)

Für Bayern gilt doch vielmehr: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Mit Verlaub, Frau Ministerin, Sie hörten sich eben fast eher wie eine fröhliche Wirtschaftsministerin an denn wie eine Sozialministerin. Dabei ist mir sehr wohl bewusst, dass wirtschaftlicher Erfolg letztendlich auch eine sehr wichtige Voraussetzung für eine gute Entwicklung im sozialen Bereich darstellt – aber halt auch nur dann, wenn nicht nur die, wie Sie sagten, Fleißigen und gut Ausgebildeten daran partizipieren können, sondern alle Bürgerinnen und Bürger in einem an sich wohlhabenden Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unserem reichen Bundesland sind 1,4 Millionen Menschen von Armut bedroht. Darunter sind fast 400.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Wie das ein Grund zu so überwältigender Freude sein kann, ist für mich persönlich und auch für die SPD-Landtagsfraktion ein Rätsel.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahlen zeigen doch vielmehr: Sie haben es in den vergangenen Jahren schlichtweg versäumt, Sozialpolitik so zu gestalten, dass der Wohlstand auch nur annähernd bei diesen 1,4 Millionen Menschen ankommt. Nicht nur kommt die gute Gesamtlage diesen Menschen nicht zugute; Sie haben es nicht einmal geschafft, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verkleinern oder gar zu schließen. Ganz im Gegenteil: Sie haben es zu verantworten, dass das Armutsrisiko weiter gestiegen ist und dass sich heute mehr Menschen als zuvor eben nicht im Glanze Ihres Selbstlobs sonnen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es zu verantworten, dass die Kluft zwischen den Menschen mit und den Menschen ohne Geld noch einmal ein Stück größer anstatt kleiner geworden ist. Das ist ein Armutszeugnis für die Staatsregierung und eben kein Freudentag.

(Beifall bei der SPD)

Dass es Menschen gibt, die in besonderer Weise gefährdet sind, in Armut und prekäre Verhältnisse abzurutschen, ist nicht erst seit vorgestern bekannt.

Auch die Personengruppen sind bekannt; denn es trifft ja leider immer wieder die gleichen: Kinder und Jugendliche, deren Armutsquote weiter nach oben geht, Alleinerziehende mit ihren Kindern, von denen über ein Drittel mit Armut kämpfen, kinderreiche Familien, die in besonderer Weise zur Gesellschaft beitragen und gleichzeitig bestraft werden, weil sie mehr als doppelt so oft von Armut bedroht sind wie Familien mit nur zwei Kindern.

Das Gleiche gilt für Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund, Arbeitslose und auch für Seniorinnen und Senioren. Allein zwischen 2011 und 2014 sind mehr als 40.000 Menschen über 65 Jahren in die Kategorie "Armut" hineingerutscht. Da nützt es dem Einzelnen doch überhaupt nichts, dass ein Durchschnittswert von 70.000 Euro Vermögen pro Rentnerhaushalt angegeben wird.

(Beifall bei der SPD)

Geändert hat sich für diese Gruppen seit dem letzten Bericht rein gar nichts. Es ist sogar schlimmer statt besser geworden.

Für mich ist Ihr Bericht zur sozialen Lage in Bayern das Hohelied der Selbstgefälligkeit und nicht, wie vorgegaukelt, ein ehrlicher und objektiver Blick auf unser Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für Sie zählt offensichtlich nur die Lebenswelt der Menschen, die auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Das ist nicht nur heute so, sondern das ist Ihre Politik seit vielen Jahren. Die Menschen auf der Schattenseite ignorieren Sie so gut wie irgendwie möglich; denn wer spricht schon gerne von den Abgehängten, wenn er von den Überfliegern schwärmen kann?

Bei allen positiven Entwicklungen: Es ist schockierend, wie sehr Sie die Augen davor verschließen, dass es in unserem reichen Land Bayern viel zu viele Menschen gibt, die von diesem Wohlstand überhaupt nicht profitieren können. Wenn 1,4 Millionen Menschen – Frauen, Alleinerziehende, Familien mit ihren Kindern, Senioren und Migranten – von Armut bedroht sind und diese Zahl sogar noch gestiegen ist, ist doch die Alarmglocke zu läuten, nicht die Festtagsglocke der Wirtschaft, des Wohlstands und der hochtrabenden Zahlen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Frau Müller, als Sozialministerin wäre es doch Ihre Aufgabe, die Anwältin der sozial Schwächeren in unserem Land zu sein, die Anwältin der Abgehängten und der Menschen, die täglich ums Überleben kämpfen, die jeden Euro dreimal umdrehen müssen und an Not leiden.

Dabei sagen Sie, sozial sei, wenn der Erfolg auch bei den Menschen ankomme. – Natürlich! Stattdessen zeigen Sie all den Menschen, die sich im Alltag schwertun, die

eben nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen, die abends mit grauen Perspektiven und Gram ins Bett gehen und sich fragen, wie sie mit ihren Kindern den nächsten Tag finanziell überstehen sollen, heute mit Ihrer glanzvollen Darstellung doch eher die kalte Schulter.

(Beifall bei der SPD)

Sie zeigen ihnen nicht nur die kalte Schulter, sondern Sie behandeln diejenigen, die schon im vergangenen Jahr zu den sozialen Verlierern gehört haben, fast schon als die Schmuttelkinder der Nation, die man im Bericht zur sozialen Lage lieber irgendwie im Brei allgemeiner Formulierungen und Durchschnittszahlen untergehen lässt, frei nach dem Motto: Worüber wir nicht reden, das gibt es bei uns auch nicht.

Wer sich nur an Durchschnittswerten orientiert, kann auch nur durchschnittliche Sozialpolitik machen. Das trifft vor allem die Schwächsten. Dabei sollte eine Regierung doch gerade für die Ärmsten in der Gesellschaft da sein. Das ist mein Anspruch an hervorragende Sozialpolitik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wo ist denn eigentlich Ihr Anspruch geblieben, niemanden in unserem Land zurückzulassen? Wo ist Ihr Anspruch, dass alle gleichermaßen von der durchaus guten wirtschaftlichen Entwicklung bei uns in Bayern profitieren sollen, weil wir es uns in unserem Land auch leisten könnten? Wo ist Ihr Anspruch auf ein würdiges Leben ohne große finanzielle Nöte? – Alldem werden Sie – das zeigt dieser Bericht, wenn man ihn genau liest – wiederum nicht gerecht.

Dem Großteil der Menschen in unserem Land geht es gut, zum Teil richtig gut. Auch das ist Realität. Was Sie aber nicht erwähnen, ist zum Beispiel, dass Bildung in Bayern nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern abhängt, dass uns nach wie vor 33.000 Krippenplätze fehlen und die Betreuung in den Randzeiten eben nicht so ist,

dass Eltern ihrem Beruf ausreichend nachgehen könnten. Das bedarfsgerechte Ganztagsangebot für Grundschüler fehlt ebenfalls.

Sie erwähnen auch nicht, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur mit Geschick und sehr viel Energie möglich ist. Ich muss Sie da schon einmal fragen, ob es im Sinne einer Regierung sein kann, dass nur die ganz Hartnäckigen es schaffen, beides zu bekommen: einen Beruf – im Idealfall nicht nur auf 450-Euro-Basis – und Familie. Haben denn alle anderen in unserem Land wirklich Pech? – Das kann doch wirklich nur ein schlechter Scherz sein und hat nichts mit echter Bedarfsgerechtigkeit zu tun.

"Guter Lohn für gute Arbeit" wird für viele immer mehr zum Fremdwort. Die Tarifbindungen nehmen ab. Gegenmaßnahmen? Fehlanzeige!

Fehlanzeige herrscht auch bei der Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Frauen in der ersten Führungsriege nimmt sogar ab anstatt zu. Die Lohnlücke zwischen Mann und Frau stagniert bei rund 25 %.

Bildungs- und Chancengerechtigkeit wären aber nötig, um Armut heute und im Alter effektiv zu verhindern. Doch auch hier verschließt die Staatsregierung aus unserer Sicht gern beide Augen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den Rentnern. Fast jedem fünften Rentner in Bayern droht Armut, unter anderem deshalb, weil die Durchschnittsrente unter dem Schwellenwert für Armutsgefährdung liegt. Da kann der Durchschnittswert aller Rentner noch so sehr über dem Bundesniveau liegen. Für zu viele ist das lediglich ein unerreichbarer Traum, wenn ihre eigene Rente dennoch unter der Armutsschwelle liegt. Da hilft Ihre Betrachtungsweise des Durchschnitts den Betroffenen leider gar nichts. Gehen Sie einmal hinaus und sprechen Sie mit Betroffenen! Schauen Sie sich an, wie die Situation im Alltag und vor Ort aussieht!

Auf die überdurchschnittlich hohe Langzeitarbeitslosenquote, gerade auch in der älteren Generation, findet die Staatsregierung ebenfalls keine passende Antwort. Erst letzte Woche haben Sie einen Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion für Gegenmaßnahmen im Sozialausschuss abgelehnt.

Nun noch kurz zum Thema Inklusion. Menschen mit Behinderung sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung steigt weiterhin. Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse stagniert bei gerade einmal 3 %.

Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Auf die Lippenbekenntnisse der Staatsregierung folgte prompt die Halbierung der Landesmittel für die Wohnraumförderung. 50.000 Sozialwohnungen fehlen heute. Die Tendenz – das ist uns allen bekannt – ist steigend.

(Beifall bei der SPD)

Mit wenig Geld ein gutes Zuhause für sich selbst und seine Kinder zu finden, wird immer schwieriger. Echte Hilfe ist mit Ihnen leider nicht in Sicht.

Frauen, die von Gewalt betroffen sind, erhalten nicht die Hilfe, die sie brauchen, weil Sie von der CSU und der Staatsregierung jede Aufstockung der Mittel für Frauenhäuser verweigern.

Dass wir einen eklatanten Pflegenotstand haben, bleibt im Bericht gleich ganz unkommentiert. Stattdessen heißt es: Alles spitze in der Pflege! – Ich setze dahinter ein Fragezeichen. Benennen Sie doch einmal ehrlich, dass die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land immer weiter auseinander geht, und hören Sie auf, lediglich die Erfolge zu zelebrieren!

Wenigstens einmal hätten Sie ehrlich zu sich und zu uns und zu den Menschen im Land sein können. Wieder haben Sie es vorgezogen, die Tatsachen am Ende doch eher so hinzudrehen und zu beschönigen, wie es für Sie am besten erscheint. – Alles

halb so schlimm im Land? Die Zahlen zur sozialen Lage in Bayern wurden im Vergleich zum letzten Bericht zwar durchschnittlich besser. Im Detail betrachtet wird die Schere zwischen Arm und Reich dennoch weiter auseinander gehen und der nächste Bericht zur sozialen Lage ein Dokument der Spaltung sein, wie Prof. Dr. Beyer von der Arbeiterwohlfahrt formuliert hat. Nur wenn dies nicht geschieht, wird Bayern endlich sozial gerecht sein, und nur dann werden mehr als lediglich 37 % der bayerischen Bevölkerung sagen, dass es in unserem Land gerecht zugeht. Die meisten haben nämlich selbst Angst davor, dass sie in Armut abrutschen könnten. Gehen Sie die Herausforderungen in unserem Land endlich an, und lassen Sie sich endlich auf die Vorschläge von uns, aber auch von vielen Verbänden und Gewerkschaften ein, denen an dieser Stelle ganz herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz zur Verbesserung der sozialen Lage in Bayern gedankt werden darf.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Danken möchte ich auch den vielen Vereinen und Ehrenamtlichen, die sich oftmals genau für jene Personengruppen einsetzen, die sich nicht auf der Sonnenseite des Lebens befinden. Sie alle sind eine wertvolle Stütze in unserer Gesellschaft.

Allerdings möchte ich auch erwähnen, dass es unredlich ist, staatliche Aufgaben bis zur Schmerzgrenze auf ehrenamtliche Schultern zu legen und lediglich auf das Beste zu hoffen oder Ehrenamtlichen sogar oftmals Steine in den Weg zu legen. Das hat zuletzt der große Unmut bei Asylhelfern deutlich gezeigt: Einsatz ja, Ausnutzen aber nein. Vielmehr braucht es auch für das Ehrenamt eine kontinuierliche Unterstützung, und das nicht immer nur kurzfristig; denn nur dann sind die vielen Freiwilligen auch weiterhin bereit, sich zu engagieren. Warme Worte auf Empfängen reichen irgendwann halt dann doch nicht mehr aus. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Unterländer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es mag Aufgabe der Opposition sein, die Arbeit der Regierung und der Mehrheitsfraktion schlechtzureden.

(Zuruf von der SPD)

Trotz aller Herausforderungen aber ein sozialpolitisches Bild zu zeichnen, das die Entwicklungen und Leistungen ignoriert und

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat kein Mensch getan!)

Armutsgefährdungsquote und Armut miteinander vermischt,

(Markus Rinderspacher (SPD): Die höchste seit 2006!)

ist nicht redlich. Das ist nicht der Stil, in dem wir uns in diesem Hause auseinandersetzen sollten.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Ach, Herr Unterländer! Ich bitte Sie!)

Ich beziehe mich dabei ausdrücklich nicht nur auf die Vorrednerin, sondern auch auf die Diskussion, die in den letzten Tagen stattgefunden hat.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen den Bericht zur sozialen Lage in unserem Land insgesamt, wie dies auch Frau Staatsministerin Emilia Müller schon angesprochen hat. Ich danke ihr und dem Staatssekretär Hintersberger sehr herzlich für ihr Engagement,

(Beifall bei der CSU)

ebenso dem gesamten Ministerium für die unermüdliche Arbeit. Wir wollen den Diskurs kontinuierlich fortsetzen. Wir wollen ihn in den Gremien fortsetzen, die im Bericht zur sozialen Lage dafür vorgesehen sind. Wir wollen ihn im sozialpolitischen Ausschuss in den nächsten Wochen und Monaten fortsetzen. Wir wollen insgesamt in diesem Hohen Haus und darüber hinaus im gesamten sozialen Bayern auf der Basis dieses Sozialberichts Sozialpolitik zu einem Schwerpunkt der Politik machen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Bevor ich meine grundsätzlichen Überlegungen äußere, möchte ich eine Bemerkung machen. Ich weise darauf hin, dass es sich bei Werten, die in einem Bericht enthalten sind, der wissenschaftlich erstellt worden ist und eindeutig nachvollziehbare Kriterien erfüllt, um Durchschnittswerte handelt. Das ist doch üblich; das ist normal. Das muss auch so sein. Konzentrieren Sie sich also bitte auf die Dinge, die für die Zukunft notwendig sind, nicht auf vermeintlich negative Berechnungen. Der Sozialbericht ist eine seriöse und wertvolle Grundlage, auf der wir gut arbeiten können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Aus meiner Sicht gibt es Grundbotschaften, die wir als Konsequenz aus diesem Sozialbericht ziehen müssen. In Bayern funktioniert die soziale Marktwirtschaft besser, da die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen überdurchschnittlich gut sind. Ich sage noch einmal ganz deutlich: Wir brauchen klar die Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hierin unterscheiden wir uns bei allen Gemeinsamkeiten, die wir auch in der praktischen Arbeit haben. Die Wirtschaftspolitik und erfolgreiches Handeln sind die Voraussetzung dafür, dass wir auch eine gute Sozialpolitik machen können. Dieses Miteinander ist notwendig.

(Beifall bei der CSU)

Das Durchschnittseinkommen von rund 26.000 Euro im Jahr liegt deutschlandweit im Spitzenbereich. Das ist eine gute Grundlage. Durch diese guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind auch sozialpolitische Leistungen realisierbar, die in anderen Ländern nur schwer umsetzbar sind. Ich darf noch einmal – die Frau Ministerin hat es schon angesprochen – an das Betreuungsgeld, an das Landeserziehungsgeld und an den intensiven Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, und zwar sowohl quantitativ als auch qualitativ, erinnern. Wir, also der Staat und die Kommunen im Freistaat Bayern, haben nicht nur die Plätze ausgebaut, sondern wir haben auch bei der Qualität entsprechende Akzente gesetzt. Dies ist zugunsten unserer Kinder.

(Beifall bei der CSU)

Die Strukturen des sozialen Bayerns sind gut. Dies ist auch ein Verdienst derjenigen, die im sozialen Bereich tätig sind. Dies gilt für die sozialen Dienstleister in der Vielzahl von sozialen Berufen, die trotz gewachsener Anforderungen ihre Arbeit gut und erfolgreich machen. Dafür auch an dieser Stelle einen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Das freiwillige Engagement hat eine sehr gute und wertvolle Struktur. 47 % und damit fast jeder Zweite sind in diesem Bereich tätig. Es ist sehr erfreulich, dass der Anteil der Frauen am ehrenamtlichen Engagement in den letzten Jahren sehr stark gestiegen ist. Ich darf auch noch darauf hinweisen – das fällt mir nämlich in diesem Zusammenhang, was die Situation der Frauen anbelangt, gerade ein –: 73 % der Frauen im Freistaat Bayern sind erwerbstätig. Das zeigt, dass das Bild, das häufig gezeichnet wird, völlig unrealistisch ist.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Gleichberechtigung realisiert. Das soziale Bayern funktioniert. Dies ist neben den Ehrenamtlichen auch ein Verdienst der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege. Ein besonderer Dank geht an die Wohlfahrtsverbände. Ich nenne in diesem

Zusammenhang die Caritas, die Diakonie, die Arbeiterwohlfahrt, den Paritätischen Wohlfahrtsverband, die Israelitische Kultusgemeinde und die Lebenshilfe, Frau Rauscher. Insgesamt sind auch die Kommunen diejenigen, die in diesem Bereich sehr viel tun, wobei es aus meiner Sicht schon darauf ankommt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das Subsidiaritätsprinzip gerade in der Sozialpolitik besonders zum Tragen kommt. Sozialpolitik hat verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Es muss aber nicht immer die Kommune oder der Staat tätig sein, sondern wir können das den Gruppierungen in unserem Lande in stärkerem Maße überlassen.

Meine Damen und Herren, wir müssen in der Sozialpolitik Schwerpunkte setzen, was die Zukunft anbelangt: Hilfe zur Selbsthilfe, um in ausreichendem Maße Lebensbedingungen mit einer guten Perspektive zu ermöglichen; die proaktive Vermeidung von Armut durch gute Beschäftigungsmöglichkeiten, eine entsprechende Qualifizierung und – ich habe es gerade schon angesprochen – die Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in der Sozialpolitik; und die Umsetzung einer Armutsvermeidungsstrategie insbesondere bei Alleinerziehenden, kinderreichen Familien und Älteren sowie bei chronisch Kranken. Das muss man in diesem Zusammenhang mal ansprechen: Menschen, die aus einer nicht verschuldeten persönlichen Krankheitssituation heraus einen Lebensweg nicht mehr gehen können und auf Unterstützung angewiesen sind, bedürfen unserer vollen Unterstützung und Solidarität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Menschen mit Behinderung haben einen Anspruch auf Integration und Inklusion, wobei vor allen Dingen die gezielte und individuelle Förderung entsprechend der jeweiligen Behinderungsart unterschiedliche Antworten erforderlich macht. Es gibt nicht nur einen richtigen Weg der Inklusion. Das gilt sowohl in der Bildung, beim Wohnen und in der Arbeit als auch im sonstigen gesellschaftlichen Leben. Schließlich fordern die Herausforderungen der Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern Staat, Kommunen und die Träger der Wohlfahrtspflege sowie Kirchen und das großartige eh-

renamtliche Engagement besonders. Ich darf an dieser Stelle nochmals, auch wenn es immer wieder mal schlechtgeredet worden ist, dieses wunderbare Engagement von Ehrenamtlichen in unserem Land gerade auch in der Flüchtlingsarbeit ausdrücklich wertschätzen und meinen Dank dafür aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Dabei müssen wir den Integrationsprozess tatsächlich als einen zweiseitigen Ansatz sehen. Die Ergebnisse dieses Integrationsprozesses sind insgesamt positiv zu bewerten, wenn man die Situation im Kontrast zu anderen Ländern betrachtet, die mit uns vergleichbar sind.

Ich möchte noch zwei Aspekte in besonderer Weise thematisieren. Wie auch Kollege Imhof als Pflege- und Patientenbeauftragter meint, darf die Situation der Pflege trotz der Änderung der Zuständigkeiten der Ressorts nicht aus dem Bericht zur sozialen Lage verdrängt werden. Es ist notwendig, den Stellenwert der Pflege in der Politik insgesamt mindestens auf den Bewusstseinsstand zu heben, der in der Bevölkerung schon besteht. Für die pflegenden Angehörigen ist es notwendig, in der ambulanten und stationären Pflege bei neuen Wohn- und Pflegeformen die Herausforderung anzunehmen und diesen Schwerpunkt als Bestandteil des sozialen Bayern zu akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Alles, was an Weiterentwicklungen erörtert wird, erfordert neben dem herausragenden ehrenamtlichen Engagement Personal, das in den unterschiedlichen Strukturen arbeitet. Soziale Arbeit hat Zukunft. Diese Zukunft muss intensivere Perspektiven in der Personalgewinnung, in der Refinanzierung der Kosten in den unterschiedlichen Bereichen und bei Studienplätzen finden. Die Perspektiven der sozialen Arbeit sind eine Herausforderung, die uns auch in diesem Haus künftig besonders beschäftigen muss. Hinsichtlich der Arbeit von Menschen in sozialen Berufen muss es eine deutlich positive Entwicklung geben. Diese sollten wir nachdrücklich unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Das Wohnen und der Wohnungsbau stellen nicht nur aufgrund der Migrationsentwicklung eine besondere Herausforderung dar. Sowohl die hohe Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen mit Bleibeperspektive als auch individuelle Lebenssituationen der Trennung, Scheidung oder Krankheit und andere Problematiken, die zu einer Gefährdung der Wohnung führen, machen die Frage der Vermeidung der Obdachlosigkeit gerade in den Ballungsräumen zu einer zentralen Herausforderung. Mit dem Wohnungspakt Bayern mit 28.000 zusätzlichen neuen Wohnungen sind wir hier auf einem guten Weg. Allerdings muss, wie ich auch aufgrund aktueller Entwicklungen meine, die jeweils zuständige Kommune im Wohnungsbau ernsthaft die Bevölkerung mitnehmen und in den Strukturen, zum Beispiel im Quartiersmanagement, stärker in die Wohnungsbauförderung einbeziehen, damit diese großen Herausforderungen bewältigt werden.

Lassen Sie mich abschließend die Situation der Menschen mit Behinderung ansprechen. Wir müssen sehen, dass wir mit der Förderung von Menschen mit besonderen Behinderungsarten einen klaren Weg gehen, und zwar bei Blinden, bei Gehörlosen und insbesondere bei Schwerstsehbehinderten mit dem Teil-Blindengeld, das wir in den kommenden Wochen und Monaten beraten werden. Es ist eine Herausforderung für die Politik, Politik für und mit Menschen mit Behinderung zu machen, die wir ganz zentral in den Fokus stellen, meine Damen und Herren.

Die Fragestellungen Integration, Familienpolitik und Arbeitsmarktpolitik werden die Kollegen Kerstin Schreyer und Thomas Huber noch darstellen. Erlauben Sie mir abschließend noch den Hinweis, dass wir in der Sozialpolitik gut aufgestellt sind angesichts der Herausforderungen, die in gesellschaftlichen Entwicklungen wie dem Integrationsprozess, der Flüchtlingsbewegung, der demografischen Entwicklung und dem Digitalisierungsprozess – Stichwort: Wirtschaft und Arbeit 4.0 – zu sehen sind. Das sind alles Herausforderungen, denen wir uns sozialpolitisch stellen. Wir sind dazu be-

reit. Der Sozialbericht, den die Ministerin hervorragend dargestellt hat, bietet uns dafür eine gute Grundlage.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Unterländer. – Unser nächster Redner ist der Kollege Dr. Fahn. Bitte schön, Herr Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir danken Ihnen für Ihren Bericht. Es ist aber so: Sie haben viele positive Dinge genannt. Diese sind alle richtig; aber Sie haben nur für 70 % der bayerischen Bevölkerung gesprochen. Das muss ich ganz klar sagen. 30 %, nämlich die Problemgruppen, haben Sie praktisch weggelassen. Deswegen ist es selbstverständlich, dass wir hier schwerpunktmäßig auf diese 30 % eingehen. Herr Unterländer, Sie haben das unter Verweis auf die Durchschnittswerte kritisiert. Aber es sind Durchschnittswerte. Manche Leute, die arm, gefährdet und schwach sind, haben nichts von diesen Durchschnittswerten. Um diese Leute müssen wir uns besonders kümmern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen hat Herr Thomas Beyer natürlich recht, der vor einer Spaltung der Bevölkerung warnt, wenn wir uns immer nur mit diesen 70 % beschäftigen, nicht mit den 30 %.

Ich habe sechs Punkte, Frau Ministerin. Erster Punkt. Leider gilt der Satz "Jeder muss von seiner Arbeit leben können" heute nicht mehr. Wir müssen feststellen: Es ist ein Schattenreich der Arbeit geschaffen worden. Da wird nicht etwa schlecht gearbeitet, sondern die Löhne und die soziale Absicherung sind schlecht. Wir haben ein Schattenreich der Leiharbeit, der Dumpinglöhne, der Ein-Euro-Jobs, Zeitarbeit usw. Deswegen ist das ein Problem geworden. Vor allem darf die Leiharbeit nicht ausufern und für eine unsoziale Kostensenkung oder Verdrängung der Stammebelegschaften missbraucht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

"Sozial ist, was Arbeit schafft", sagte einmal der Bundesarbeitsminister Franz Josef Jung. Doch genau dieser Satz verleugnet die Ungleichheit, die ich gerade benannt habe. Deshalb gilt dieser Satz heute nicht mehr in dieser Form, meine Damen und Herren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil Sie "Sozial ist, was Arbeit schafft" immer wieder hervorheben.

Zweiter Punkt. Altersarmut. Sie haben in Ihrem Bericht sogar zugegeben, dass Bayern bei der Armutsgefährdung älterer Menschen schlechter als der Bundesdurchschnitt liegt. Bayern hat eine Quote der Armutsgefährdung älterer Menschen von 16,7 % aufzuweisen und liegt damit um zwei Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Das stimmt. Deswegen müssen wir das Thema Altersarmut ganz konkret aufnehmen. Arme sterben früher. Zum Beispiel liegt im Landkreis Starnberg – das ist ein reicher Landkreis – die durchschnittliche Lebenserwartung bei 83,6 Jahren, im armen Landkreis Hof nur bei 73 Jahren. Daran sehen Sie: Armut schafft Probleme, Arme sterben früher. Die Frau Rauscher hat es richtig gesagt. Es sind in Bayern insgesamt 1,4 Millionen Betroffene. Tun Sie etwas für diese Leute! Das ist wichtig und notwendig.

Nun werde ich zwei Beispiele nennen: Es gibt eine Rentnerin Martha P. aus Kürnach im Landkreis Würzburg. Ihr Mann wurde als Autolackierer berufsunfähig und erhielt eine geringe Rente. Martha war zeitlebens Hausfrau und zog vier Kinder groß. Sie konnten sich keinen Urlaub leisten, fuhren aber jedes Jahr mit dem Seniorenclub über ein Wochenende weg. Nach dem Tod des Ehemannes konnte sich die Witwe mit ihrer kleinen Rente nichts mehr leisten. Auch den Beitrag zum Sportverein musste sie einsparen. Sie verlor ihren Freundeskreis, wurde einsam und ist seit einigen Monaten ein Pflegefall. Frau Ministerin, tun Sie etwas für solche Menschen! Das ist wichtig. Die Frau aus dem Beispiel gehört zu den 30 %, um die wir uns verstärkt kümmern müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das zweite Beispiel: Ludwig und Martina, ein Rentnerehepaar, lebten am Stadtrand von München. Ludwig erhielt als ehemaliger Dreher eine gute Rente. Das Ehepaar konnte sich eine gute Wohnung leisten, welche die beiden seit Jahrzehnten bewohnten. Nach dem Tod des Mannes musste die Witwe aus der Wohnung ausziehen, da sie sich die Miete nicht mehr leisten konnte. Sie zog zu einer Freundin. Als die Freundin verstarb, musste die Witwe lange nach einer bezahlbaren Wohnung suchen. Sie zog schließlich in ein Hochhaus. Dort vereinsamte sie zunehmend und beging schließlich Selbstmord.

Solche Beispiele müssen wir jeden Tag in den Zeitungen lesen. Die Beachtung dieser Fälle ist sehr wichtig. Die genannten Fälle sind keine Einzelfälle. Diese Menschen gehören zu den benachteiligten 30 %. Frau Ministerin, tun Sie etwas für diese Leute! Das ist wichtig und insgesamt notwendig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Dritter Punkt. Die Renten sind eindeutig zu niedrig. Das können wir immer und überall lesen. Das ist sehr unbefriedigend. Daher erheben wir, die FREIEN WÄHLER, vier Forderungen: Erstens. Das Rentensystem muss bereinigt werden. Die sogenannten versicherungsfremden Leistungen müssen raus. Zweitens. Die weitere Absenkung des Rentenniveaus muss sofort ausgesetzt werden. Drittens. Alle Mütter sollen das Recht auf gleiche Rentenansprüche haben, unabhängig vom Geburtsdatum ihrer Kinder. Jedes Kind muss uns gleich viel wert sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Viertens. Der Faktor Arbeit darf nicht erheblich verteuert werden. Darum müssen die Beiträge zur Rentenversicherung langfristig bei maximal 20 % bleiben. Frau Ministerin, tun Sie etwas dafür! Die CSU ist in der Bundesregierung und kann entscheidende Weichen stellen.

Vierter Punkt. Viele Arbeitnehmergruppen haben in Bayern Probleme. Hierzu zählen die Pflegekräfte, die unsere Mütter und Väter zwar unter großer körperlicher Anstrengung betreuen, aber nicht angemessen bezahlt werden. Erst kürzlich wurde bei einer Veranstaltung in Würzburg, bei der auch Claus Füssek zu Gast war, mitgeteilt, dass ein Pfleger nur durchschnittlich acht Jahre an seinem Arbeitsplatz bleibt. Danach ist er körperlich derart aufgearbeitet, dass er den Beruf wechseln muss. Das kann nicht sein. Wir müssen für die Pfleger in Deutschland bessere Bedingungen schaffen. Die Pflege wird die große Herausforderung der Zukunft sein. Deswegen müssen wir uns dafür einsetzen. Wir müssen uns außerdem für die Erzieherinnen und Erzieher engagieren. Wir müssen uns natürlich auch für die vielen jungen Menschen einsetzen, die nach teilweise sehr guten Berufsausbildungen oder nach dem Studium von einem Praktikum zum nächsten hasten, keine berufliche Perspektive haben und nicht auf eigenen Füßen stehen können. Frau Ministerin, tun Sie etwas für diese jungen Menschen! Das sind gut ausgebildete Leute, die einen Job suchen.

Fünfter Punkt. Der Ausbau der Barrierefreiheit ist ein weiteres Thema, das zum Großteil auch nur heiße Luft ist. Der Ausbau der Barrierefreiheit erfolgt zu langsam. In Bayern sind wir vom flächendeckenden Ausbau der Barrierefreiheit bis 2023 noch weit entfernt. Auch im Bereich des Tourismus müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Die Ferienregionen müssen barrierefrei ausgebaut werden. Das ist ganz wichtig. Von unseren 3.250 öffentlichen Gebäuden sind inzwischen lediglich 1.000 barrierefrei. Sie werden bis 2023 nicht alle öffentlichen Gebäude barrierefrei gestalten können. Das hat aber Ihr Ministerpräsident vorgegeben. Deswegen sage ich: Engagieren Sie sich, damit das auch umgesetzt wird!

Sechster Punkt. Das Ehrenamt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Es ist toll, dass mittlerweile 50 % der Bevölkerung Bayerns ehrenamtlich tätig sind. Das ist gut, und wir loben alle, die sich ehrenamtlich betätigen. Das ist klar. Jedoch gilt auch: Das Ehrenamt, welches die Staatsregierung sehr stark fördert, darf kein Ersatz

für zurückgehendes staatliches Engagement in der Sozialpolitik sein. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den ich hier anführen möchte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Ehrenamtskarte ist ein Modell und ein Projekt. Das Modell läuft sehr gut an. Aber die Kommunen erhalten für ihre Einführung nur 5.000 Euro. Hier könnte noch mehr gemacht werden. Bei der Betreuung von Flüchtlingen leisten Ehrenamtliche eine unersetzbare Hilfestellung. Wir möchten uns recht herzlich bei diesen Ehrenamtlichen bedanken. Nur durch die vielen Helfergruppen vor Ort konnten wir den Flüchtlingsstrom so gut bewältigen. Diese Helfergruppen setzen sich ein.

Übrigens ist der Beschluss der Staatsregierung, die dezentralen Unterkünfte aufzulösen, vielfach ein Schlag gegen die vielen ehrenamtlichen Helferkreise. Dazu gibt es im Sozialausschuss immer mehr Petitionen. Diese verschiedenen Helferkreise haben bisher die dezentralen Unterkünfte mustergültig betreut. Deshalb fordern wir, die örtlichen Gegebenheiten und Strukturen zu beachten; dazu werden wir auch einen Antrag einbringen. Ansonsten werden uns die zahlreichen Helferkreise komplett wegbrechen. Frau Ministerin, bitte beachten Sie das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Ministerin, ich komme nun zu Ihrem neuesten Projekt der Integrationslotsen. Das ist zunächst einmal gut. Sie wollten dieses Projekt zuerst nur in 15 Kommunen laufen lassen. Jedoch haben sich 27 Kommunen beworben, die alle das Modellprojekt anbieten können. Das ist zunächst einmal gut und richtig. Es geht um 40.000 Euro. Aber das Modell läuft zum 31.12.2017 aus. Ich stelle mir die Frage: Wie geht es weiter? Was machen Sie? – Sie möchten anschließend evaluieren. Aber ich sage Ihnen jetzt schon, dass das ein gutes Projekt ist. Geben Sie doch jetzt schon Ihr Wort, dass wir dieses Projekt bayernweit ausdehnen werden! Geben Sie den Kommunen eine gewisse Bestandsgarantie! Sie initiieren immer wieder Modelle, aber wenn es um die Fortsetzung der Projekte geht, werden die Kommunen alleingelassen. Es wäre sinnvoll,

das Projekt zu einer Regelförderung auszuweiten. Das ist ganz wichtig. Eine Regelförderung statt eines Modellprojekts wäre sinnvoll.

Frau Ministerin, dasselbe gilt übrigens für die Mehrgenerationenhäuser. Jeder lobt diese Häuser, aber die Häuser zittern jedes Jahr, wie es weitergeht.

Ich komme jetzt zum Schluss, weil meine Kollegin Gabi Schmidt den zweiten Teil vorträgt. Es ist ganz klar, da gebe ich Frau Rauscher völlig recht, die Schere zwischen Arm und Reich geht in Bayern weit auseinander. Wir müssen dafür sorgen, dass sich diese Schere schließt. Ich komme auf das zurück, was ich am Anfang bereits gesagt habe: In Bayern gilt nicht nur der Durchschnittswert. Wir müssen alle Menschen in Bayern betrachten. Engagieren Sie sich deshalb für alle Bürgerinnen und Bürger im Freistaat und nicht nur für die 70 %, denen es gut geht! Engagieren Sie sich auch für die übrigen 30 %! Nehmen Sie diese 30 % beim nächsten Mal auch in Ihre Rede auf! Dann kann es eine sehr gute Rede werden. Heute haben Sie die 30 % leider vergessen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Dr. Fahn. – Unsere nächste Rednerin ist Frau Katharina Schulze. Bitte schön, Frau Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ach, Frau Sozialministerin, was haben Sie aus dem Sozialbericht gemacht? – Er wurde damals auf Antrag der GRÜNEN eingeführt. Er war dafür gedacht, eine ehrliche Analyse vorzustellen. Danach hätten sich Überlegungen zu Handlungsempfehlungen angeschlossen. Aus Ihrem Ministerium kommt nun aber eine Art Leistungsschau im Wahlkampf. Das ist eine Selbstdarstellung mit einer gehörigen Portion Schönrechnerei. Das ist bitter. Es wäre sinnvoll, sich ernsthaft mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Obwohl wir in Bayern eine gute wirtschaftliche Entwicklung haben, was sehr positiv ist, ist nicht alles Gold, was glänzt. Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen.

Stellen wir uns zwei 40-jährige Männer vor. Einer hat ein gutes Einkommen und bewohnt mit seiner Familie eine ruhige, großzügige Wohnung mit Garten und lebt gesundheitsbewusst. Der andere Mann arbeitet für ein Gehalt, das knapp über dem Mindestlohn liegt, und hat ebenfalls Familie. Aber der Lohn reicht nur für eine zu kleine Wohnung an einer lauten und vielbefahrenen Straße. Für Sport reicht die Zeit nicht. Für gesunde Ernährung fehlt das Geld. Im Durchschnitt wird ein Mann, der in Bayern lebt und jetzt 40 Jahre alt ist, 80 Jahre alt. Wohlgemerkt: Die Lebenserwartung hängt vom Wohlstand ab. Wer arm ist, stirbt früher, und wer reich ist, lebt länger. 15 Jahre beträgt der Unterschied bei 40-jährigen Männern. Der ärmere Mann aus dem gerade genannten Beispiel wird vermutlich nur etwas über 70 Jahre alt werden. Der reichere Mann wird weit über 80 Jahre alt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schaut man auf den Durchschnitt, geht es uns in Bayern gut. Es gibt hohe Einkommen und wenig Armut. Darüber können wir uns freuen. Aber auch im reichen Bayern gibt es arme Menschen. Das ist mir in Ihrem Bericht etwas zu kurz gekommen. Mit dem Durchschnitt ist es bekanntlich immer ein kleines Problem. Die mittlere Temperatur ist zwar wunderbar, aber wenn Sie mit den Füßen im Eiswasser stehen und Ihre Hände in kochendes Wasser tauchen, werden Sie das trotzdem nicht schadlos überstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Auch unsere Gesellschaft wird beschädigt, wenn die soziale Ungleichheit immer größer wird und die Einkommen immer weiter auseinanderklaffen. Wir, die GRÜNEN, möchten das ändern. Menschen, die in Armut feststecken, brauchen eine Perspektive, wie sie da wieder rauskommen. Doch dafür muss man erstens mit offenen Augen durch die Welt gehen und zweitens auch den Willen haben, dies zu ändern. Denn auch wenn der Wohlstand in Bayern wächst, haben nicht alle etwas davon. Betrachten wir eine Gruppe: die Kinder. In Augsburg, Bayreuth und Würzburg ist jedes siebte Kind arm; in Aschaffenburg, Weiden, Fürth und Coburg ist es jedes sechste Kind; und in Nürnberg, Schweinfurt und Hof ist jedes fünfte Kind arm. Sie alle sind auf Hartz IV an-

gewiesen. Meine Damen und Herren, Sie alle können sich vorstellen, was das für die Kinder bedeutet. Diese Erfahrung prägt einen für das ganze Leben. Kein Geld für die Kinokarte oder den Besuch im Zoo, zusehen, wenn die anderen Kinder sich ein Eis kaufen können, und man selbst kann es nicht.

Da muss man sich die besonderen Umstände genau ansehen. Besonders Kinder von Alleinerziehenden sind arm. Ungefähr die Hälfte aller armen Kinder wächst bei einem Elternteil auf; in neun von zehn Fällen sind das die Mütter. In Bayern gibt es etwa 200.000 Alleinerziehende. Diese haben es sehr, sehr schwer, sich gleichzeitig um die Kinder zu kümmern und für einen guten Lebensunterhalt zu sorgen. Die meisten schaffen es nicht, obwohl sie tagtäglich hart dafür arbeiten.

Sie schaffen es nicht. Und warum schaffen sie es nicht? – Weil unsere Arbeitswelt nicht darauf eingestellt ist. Sie schaffen es deswegen nicht, weil die Öffnungszeiten von Krippe, Hort und Kita nicht mit den Arbeitszeiten übereinstimmen, und sie schaffen es auch nicht, weil der Unterhalt und die staatliche Unterstützung nicht ausreichen.

Wir GRÜNE schlagen deswegen ein Familienbudget vor. Das hilft vor allem Alleinerziehenden und Familien mit vielen Kindern. Auch Kinderreichtum führt oft zu Armut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Familienbudget hat drei Säulen. Wir wollen zum einen höhere und angemessene Regelsätze für Kinder, zum anderen einen Kindergeldbonus für Alleinerziehende und drittens eine Kindergrundsicherung als einheitliche Leistung für alle Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre eine echte Verbesserung ganz im Gegensatz zu Ihrer Herdprämie, die einzig und alleine hilft, die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu zementieren, aber nichts gegen Kinderarmut bewirkt.

Da alle die Chance haben sollen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, brauchen wir endlich bessere Betreuungsmöglichkeiten. Gerade hat das Institut der deutschen Wirtschaft ausgerechnet, dass über 50.000 Kinder unter drei Jahren in Bayern keinen Krippenplatz bekommen, obwohl die Eltern sich das wünschen. Über 50.000 Kinder!

Wenn Sie, Frau Staatsministerin, nun in Ihrer Regierungserklärung davon sprechen, dass der massive Ausbau der Kindertagesbetreuung den Alleinerziehenden zugutekommt, und wenn wir von der Umsetzung des gesetzlichen Betreuungsanspruchs in Bayern ab dem ersten Lebensjahr immer noch weit entfernt sind, dann ist das einfach nur heuchlerisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ebenfalls heuchlerisch, dass Sie als CSU-Staatsregierung die zusätzliche Förderung von Kitas mit überlangen Öffnungszeiten 2016 haben auslaufen lassen. Trotzdem stellen Sie sich hierher und sagen, alles ist wunderbar. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Eltern, die dringend einen Betreuungsplatz für ihre Kinder suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns GRÜNE ist der Betreuungsplatz alleine aber nicht alles. Wir möchten auch in die Qualität investieren. Wir müssen die wichtige Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher höher bezahlen und brauchen einen besseren Betreuungsschlüssel.

(Zurufe von den GRÜNEN: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen alle, ein Vollzeitjob alleine ist keine Garantie, von Armut nicht betroffen zu sein. Wer im Niedriglohnbereich arbeitet, eine Familie versorgen und eine teure Wohnung bezahlen muss, kommt mit seinem Einkommen nicht über die Runden. Da hilft auch der Mindestlohn nicht, so wichtig und richtig er ist. Wer in einer Putzkolonie arbeitet oder Pakete ausliefert, hat wenig davon, wenn die Wirtschaft wächst. Wir GRÜNE schlagen deswegen vor, niedrige Einkommen bei den Sozialbeiträgen zu entlasten. Anders als die Steuern müssten sie bereits auf den ers-

ten verdienten Euro bezahlt werden. Das würde allen, die wenig verdienen, wirklich weiterhelfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn wer heute ein niedriges Gehalt hat, sich mit zwei oder drei Minijobs über Wasser hält oder als Selbstständiger nicht viel verdient, hat auch in Zukunft ein Problem. Dieses Problem heißt Altersarmut. Fast jede sechste Rentnerin oder jeder sechste Rentner ist in Bayern in der Gefahr, in die Armut abzurutschen. Dies sagt eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Und gerade in Bayern ist Altersarmut weiblich.

Wir GRÜNE wollen deshalb eine Garantierente für alle, die lange rentenversichert waren, gearbeitet haben, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben. Diese Garantierente fällt höher aus als die Grundsicherung, und sie muss aus Steuergeldern finanziert werden, weil wir den Jüngeren nicht noch höhere Beiträge zumuten wollen, als sie ohnehin schon bezahlen müssen.

Wir möchten auch Minijobberinnen und Minijobber sowie schlecht abgesicherte Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung mit einbeziehen, damit auch sie eine Anwartschaft aufbauen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Sie können sie aufgreifen, Sie können eigene Ideen entwickeln. Aber eines sollten Sie bitte nicht weiter tun, nämlich Sozialberichte herausgeben, die ohne Ende glänzen, aber keine zielführenden Lösungen anbieten, um die Probleme zu beseitigen. Also handeln Sie endlich, oder treten Sie ab und lassen andere ran!

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Unser Ziel ist es, Armut erst gar nicht entstehen zu lassen, und auch da können wir als Freistaat eine Menge tun. Beispielsweise könnte man aktiv für mehr preiswerten

Wohnraum sorgen, anstatt darauf zu hoffen, dass es der Markt richten wird, und anstatt die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau zu reduzieren, was Sie als CSU-Regierung gemacht haben.

(Zurufe von der CSU)

Sie können auch die Kinder vor und während der Schule besser fördern, damit sie sich in einer digitalen und globalisierten Welt besser zurechtfinden. Man könnte als CSU-Regierung auch dafür sorgen, dass die Geflüchteten besser unterstützt werden, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können, anstatt ihnen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

(Zurufe von der CSU)

Frau Staatsministerin Müller, ich musste wirklich lachen, als Sie in Ihrer Rede gesagt haben, dass die CSU die Integration in den Arbeitsmarkt massiv vorantreibe. Dass Sie das sagen, ohne rot zu werden, verwundert mich sehr. Wer in diesem Hohen Haus wirft denn dauernd den Geflüchteten, den Arbeitgebern und den Ehrenamtlichen bei dem Thema 3+2 Knüppel zwischen die Beine? – Das sind Sie!

Aus Ihrem Ministerium kommen regelmäßig irgendwelche obskuren Anweisungen, wie man mit der 3+2-Regelung umzugehen habe, die alle nur verwirren, anstatt den Geflüchteten sowie den Arbeitgebern zu helfen, die dringend Fachkräfte brauchen. Wenn Sie da sagen, Sie machten im Bereich der Integration alles wunderbar, dann ist das hanebüchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie was, Frau Staatsministerin Müller: Bei einer Sache fühle ich mich nicht ganz wohl bzw. frage ich mich, wo da Ihr großes Problem ist. Wenn Sie davon sprechen, dass Bayern Bayern bleiben muss, frage ich mich schon, wovor Sie oder die gesamte CSU so große Angst haben. Denn Sie haben ja in der gleichen Rede auch

davon gesprochen, dass Bayern sich schon immer verändert hat. Und so wie alles im Leben wird auch Bayern sich weiter verändern.

(Zurufe von der CSU)

Es wird sich weiterentwickeln, und die Menschen, die in diesem Lande wohnen, werden ihre Gesellschaft mitgestalten.

Nachdem ich jetzt ein etwas aufgeregtes Gebrülle von den Männern gehört habe,

(Lachen bei der CSU)

habe ich das Gefühl, dass die Leute, die ständig davon reden, es müsse alles so bleiben, wie es schon immer war, es im Grunde nicht ertragen können, dass sie den Gang der Dinge jetzt nicht mehr ganz allein bestimmen können. Nun wollen die Frauen mitreden oder aber auch die jungen Leute sowie Menschen, die woanders geboren und aufgewachsen sind. Für all diese Menschen ist Bayern ebenfalls Heimat oder wird Bayern Heimat werden, und sie wollen ihre Heimat mitgestalten. Diesen Machtverlust verschmerzen offensichtlich manche von Ihnen nicht. Ich kann Ihnen da nur empfehlen, sich daran zu gewöhnen; es ist der Lauf der Dinge, und der ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich noch etwas sagen. Ich glaube, dass viele Menschen bei uns ein Unbehagen darüber spüren, dass der Eindruck immer stärker wird, alles ist auf Effizienz gebürstet, auf schnelleres Wachstum und härtere Konkurrenz, und wer nicht mithalten kann, bleibt halt auf der Strecke. Gegen dieses Gefühl der Kälte und der fehlenden Menschlichkeit müssen wir als Demokratinnen und Demokraten geschlossen vorgehen.

Die Gesellschaft hält dann zusammen, wenn jede und jeder im anderen den Menschen mit gleichen Rechten sieht. Das heißt nicht, dass es keine Unterschiede geben darf. Niemand hat ein Problem damit, wenn die Managerin mehr verdient als der Ver-

käufer. Aber das heutige Ausmaß der Ungleichheit ist fast schon obszön. Wenn jeder immer nur versucht, das Beste für sich herauszuholen, bleiben am Ende alle auf der Strecke. Wir brauchen also mehr Gemeinsinn. Wir brauchen mehr "Wir" und weniger "Ich". Wer arm ist oder bei uns Schutz sucht, braucht unsere ausgestreckte Hand und nicht die kalte Schulter. Das ist die Basis einer freien, solidarischen und demokratischen Gesellschaft. Dafür kämpfen wir GRÜNE.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Schulze. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schreyer. Bitte schön, Frau Schreyer.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Rede von Frau Kollegin Schulze kann ich nur sagen: Liebe CSU-Fraktion, die Oppositionsarbeit müssen wir auch noch mitmachen. Die Kritikpunkte sind eigentlich nicht angekommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mit dem Thema Integration anfangen: Ich war in Dortmund bei der Bundessprechertagung der Integrationsbeauftragten. Ich kann Ihnen sagen: Wenn Sie mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern sprechen, werden Sie feststellen, dass die ganz andere Fragen haben. Wir sind um Längen besser. Mir ist es wichtig zu sagen: Bei uns gelingt die Integration ein ganzes Stück besser als in allen anderen Ländern.

(Beifall bei der CSU)

Klar ist, auch wir müssen aufpassen, dass sich keine Parallelgesellschaften entwickeln. Wir müssen uns genau ansehen, wo wir noch besser werden können. Aber eines müssen wir sehen: In Augsburg gibt es mehr Menschen mit Migrationshintergrund als in Berlin-Neukölln. Nach meiner Kenntnis ist Augsburg medial noch nicht als

Problempunkt genannt worden. Das bedeutet, in Bayern läuft die Integration um Längen besser.

(Beifall bei der CSU)

Das liegt natürlich maßgeblich an den Menschen, die bereit sind, hauptamtlich und ehrenamtlich weit über ihre Kräfte hinaus tätig zu sein. Das liegt aber auch daran, dass offensichtlich die richtigen Weichenstellungen vorgenommen wurden, damit die Integration gelingen kann. Dabei geht es vor allem um die Sprache. Wir haben im Bildungspaket, das jetzt auf den Weg gebracht worden ist, noch einmal mehr Geld investiert, um einen Beitrag zum Gelingen der Integration zu leisten.

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat eine Studie in Auftrag gegeben. Diese Studie kam zu dem Ergebnis, dass sich in Bayern 80 % der Menschen mit Migrationshintergrund sehr wohlfühlen. Ich bitte Sie, das zu registrieren. Wir müssen natürlich auch über diejenigen reden, die sich noch nicht so gut integriert fühlen und die sich bei uns noch nicht wohlfühlen. Hin und wieder rentiert es sich aber festzustellen, wo die Integration gelingt. Wir haben sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern, bei denen die Integration gelungen ist, und viele dieser Menschen sind Leistungsträger in unserer Gesellschaft. Das sollten wir bei allen Herausforderungen nicht vergessen.

Viele Menschen, die zu uns kommen, sind jung. Wir müssen deshalb genau schauen, wie wir diese jüngeren Menschen noch besser integrieren können. Wir müssen über Bildung und Wohnraum erreichen, dass diese Menschen noch besser ankommen; denn diese Menschen werden voraussichtlich lange bei uns bleiben und irgendwann einmal unsere Renten zahlen. Deswegen ist das wichtig.

Integrationsmaßnahmen sind auch Teil der Familienpolitik. Wer eine gute Familienpolitik betreibt, hilft auch den Menschen mit Migrationshintergrund, in Deutschland gut anzukommen. Ich danke deshalb unserer Staatsministerin; denn sie ist die Verfechterin der Linie, verschiedenste Leistungen zu fördern, damit es den Familien hier gutgeht. Entscheidend wird aber sein, dass wir verstehen, dass Familien völlig unterschiedlich

strukturiert sind. Wir haben verschiedenste familiäre Lebensformen. Wir müssen dafür sorgen, dass jede Familie so leben kann, wie sie es möchte. Dazu gehört der Ausbau der Kindergärten und der Krippen, was sehr gut gelungen ist. Dazu gehören aber auch die Themen Mütterrente und Landeserziehungsgeld. Damit helfen wir den Frauen, die sich bewusst dafür entscheiden, zu Hause zu bleiben und dort ihre Verantwortung zu übernehmen.

(Florian von Brunn (SPD): Und Männer?)

– Gerne auch Männer. Herr Kollege, Sie dürfen gern das Vorbild sein und sagen: Ich nehme meine Zeit und bleibe als Vater zu Hause. – Hier geht es um die Erwerbstätigkeit. Bayern hat es mit einer Erwerbstätigenquote von 73 % bei den Frauen geschafft, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. Natürlich kann Bayern auch hier noch besser werden. Ich bin aber dagegen, immer alles schlechtzureden und nicht herauszuheben, was gut läuft.

(Florian von Brunn (SPD): Also schönreden!)

– Nein, hier geht es nicht ums Schönreden. Es wird nicht besser, wenn Sie noch ein paarmal dazwischenbrüllen. So funktionieren die Beiträge nicht.

(Beifall bei der CSU)

Offensichtlich sind wir einer Meinung, dass wir die Familien gern unterstützen wollen. Deshalb werden wir auch gemeinsam in den Bundestagswahlkampf ziehen, um die Mütterrente zu vertreten. Hier herrscht noch die Ungerechtigkeit, dass Mütter von Kindern, die vor dem Jahr 1992 geboren wurden, anders behandelt werden als die Mütter, deren Kinder danach geboren wurden. Diesem Umstand müssen wir Rechnung tragen, und deshalb müssen wir darum kämpfen, dass hier ausgeglichen wird.

Frau Kollegin Schorer-Dremel hat gemeinsam mit Frau Staatsministerin Emilia Müller darüber gesprochen, dass wir die Kinderrechte ins Grundgesetz bringen. Hier geht es nicht nur darum, die Kinderrechte herauszustellen, sondern wir müssen schauen, wie

wir die Kinderrechte noch stärker in den Fokus nehmen können, damit nicht nur der Blickwinkel der Eltern, sondern auch jener der Kinder wertgeschätzt wird.

Nun zu den Themen Erzieher und Erzieherquote: Natürlich ist es wichtig, wie viele Erzieher wir im Verhältnis zu der Zahl der Kinder haben. Zunächst müssen wir aber diese Erzieher haben. Dann geht es um die gesellschaftliche Herausforderung, was uns die Arbeit am Menschen wert ist. Dabei geht es um die Frage der Gehälter. Darüber können wir im Landtag zwar nicht entscheiden, aber wir müssen darüber diskutieren. Gerade angesichts der Herausforderung, dass wir in den Kindergärten immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund haben, müssen wir unsere Erzieherinnen und Erzieher so aufstellen und ausstatten, dass sie ihrer Arbeit gerecht werden können. Wir müssen auch über eine steuerliche Entlastung und über die Wertschätzung der Erzieherinnen und Erzieher reden. Natürlich hat das Geld mit der Wertschätzung zu tun. Allerdings rentiert es sich auch, den Müttern und Vätern einen ganz herzlichen Dank dafür zu sagen, dass sie mit ihrem Herzblut und ihrem Engagement für ihre Familien da sind und sich nicht all denen, die sie immer wieder schlechtreden, beugen.

Wir alle können stolz auf die Mütter und Väter sein, die für ihre Familien und damit für die gesamte Gesellschaft Leistungen erbringen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Schreyer. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schmidt. Bitte schön.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Schreyer, ich weiß jetzt, warum in Ihrer Parteibezeichnung der Buchstabe C, christlich, steht. Das erinnert mich an ein Bibelzitat: Sie säen nicht, und sie ernten doch. Ich möchte Ihnen eines sagen: Die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz war ein Gemeinschaftsprojekt der Kinderkommission, kein Projekt einer einzigen Kollegin. Das haben Sie nicht allein gesät.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Ministerin, wir sprechen über knapp 1,4 Millionen Menschen, die armutsgefährdet sind. Diese Menschen stehen in Ihrem Bericht als Zahl, gut versteckt und gut dekoriert. Meine Damen und Herren, hier geht es um knapp jeden einhundertsten Menschen in Bayern. Das sind Gesichter und Schicksale. Liebe Zuhörer, auf die Zuschauertribüne passen etwa einhundert Leute. Einer von Ihnen ist armutsgefährdet. Mir macht das Angst, auch wenn es uns gut geht. Hier geht es um Menschen und um Familien, die Aufmerksamkeit und keine Schönrederei verdient haben.

Wir sprechen gar nicht darüber, dass der Bericht wieder einmal viel zu spät gekommen ist. Bei den Zahlenwerken aus den Jahren 2015 und 2014 handelt es sich um Durchschnittswerte. Das ist von Ihnen so gewollt, aber sicher nicht von uns. Wir wollen einen fairen Bericht. Ich möchte einen Punkt herausgreifen: Erfreulich ist, dass mittlerweile auch die Zahl der Wohnungslosen erfasst wird. Das sind die Schwächsten der Gesellschaft, die nicht einmal die sozialen Angebote annehmen können. Aber wissen Sie, wann die Wohnungslosen gezählt wurden? – Im Sommer. Die Wohnungslosen wurden im Sommer von den kommunalen und sozialen Trägern gezählt. Diese Menschen müssten aber im Winter gezählt werden. Im Bericht steht die Zahl 12.053. Außerdem steht in dem Bericht, dass Sie für diese Menschen großartige 430.000 Euro ausgeben. Ich habe schon oft darauf hingewiesen, dass wir schon immer für eine Erhöhung dieser Mittel auf eine Million Euro eingetreten sind. Ihre Leistung sind "großartige" 6 Cent pro Tag und pro Kommune für jeden Wohnungslosen, unabhängig davon, ob das München, Nürnberg oder Erlangen ist. Dieser Betrag ist lächerlich. Wir haben eine hohe Dunkelziffer. Wenn ich das zusammenzähle, stehen für jeden Wohnungslosen pro Tag 12 Cent zur Verfügung. Das ist eine Schande für das reiche Land Bayern. Das muss ich Ihnen so mitgeben. Zählen Sie bitte im Winter. Unterstützen Sie hier gewaltig. Unterstützen Sie die Kommunen. Alle Eingliederungsmaßnahmen, die Sie im Sozialbericht betonen, fallen in Zukunft unter das Bundesteilhabegesetz. Da ist SGB XII § 67 einschlägig. Alle sozialen Träger, die sich darum kümmern, fallen unter

diese Regelung. Das heißt auch, dass diese mit den Sozialpädagogen und den Mitarbeitern nur noch befristete Arbeitsverträge abschließen können. Das betrifft die Schwächsten der Gesellschaft. Solche Sachen müssen doch Sie merken, nicht ich als Vertreterin der Opposition. So etwas muss doch im Sozialbericht stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu den Einkommensverhältnissen, zur Lohngleichheit zwischen Mann und Frau. Hierzu haben wir etliche Diskussionen im Ausschuss gehabt. Da hieß es, der Unterschied wäre nicht groß und würde überbewertet. Männer und Frauen unterscheiden sich aber im Einkommen noch mit gut oder auch knapp 1.000 Euro; denn die einen sagen so und die anderen so. Die einen sagen, das ist knapp, die anderen sagen, das ist gut. Das bedeutet aber weibliche Altersarmut. Für Sie ist das vielleicht nicht so sehr von Bedeutung, aber für eine alleinerziehende Mutter, für Familien, die nicht gut verdienen, ist das schon tragisch. Meine Damen und Herren, 12,9 % der Frauen sind von Altersarmut gefährdet. Mir macht das Angst.

(Zurufe von der CSU: Ah, ah!)

– Ja, meine Oma ist 90 Jahre alt. Ich denke, meine Eltern werden genauso alt. Sie haben ein Arbeiterleben hinter sich. Wir wissen, was das bedeutet. Meine Mutter hat Kindererziehungszeiten gehabt. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Da brauchen Sie jetzt auch nicht "Ah" zu rufen. Die meisten in der Bevölkerung betrifft das – uns als Abgeordnete vielleicht nicht –, aber das sind doch die Menschen, um die sich eine Sozialministerin kümmern muss,

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Oder die Familien!)

nicht nur um die 60 %, die vorne dran stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Ingrid Heckner (CSU): Da müssen sich doch auch vielleicht mal die Familien kümmern!)

– Dazu sagen Sie dann etwas in Ihrer Redezeit. Ich habe die Alleinerziehenden schon genannt. 2013 waren 33,6 % der Alleinerziehenden betroffen. Sie sagten in Ihrer Rede: Das ist nicht schön, darüber müssen wir reden. – Darüber haben wir im Ausschuss aber schon geredet, und wir haben gemeinsam nach Lösungen gesucht. 2015 ist die Zahl auf mittlerweile 36,7 % angestiegen. Das sind Frauen und Kinder, das sind Menschen, die sich überlegen, wie sie Schulhefte kaufen können, wie sie einen Schulausflug finanzieren können, wen sie anbetteln können. Das sind Menschen da draußen, für die Sie genauso zuständig sind wie für jeden Besserverdiener.

Es heißt immer, sozial ist, was Arbeit schafft und: Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Das betrifft aber nicht nur die Alleinerziehende, die zum Mindestlohn putzt. Immer mehr Akademiker befinden sich in befristeten Arbeitsverhältnissen. Das ist in diesem Sozialbericht aber überhaupt nicht abgebildet. Der Freistaat Bayern ist da im Übrigen kein gutes Vorbild, wirklich nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die befristeten Stellen werden nämlich immer mehr. Wie aber sollen diese jungen Menschen Hoffnung auf eine Familiengründung haben? Wie sollen sie an Familiengründung denken, wenn sie Jahr für Jahr nur einen befristeten Vertrag bekommen? – Bitte zeigen Sie das doch auch das nächste Mal auf; denn das ist ein wichtiger Marker für die Familien und für die Familienzufriedenheit in Bayern.

Sie betonen im Bericht, wie großartig es ist, dass die Ausgleichsabgabe stetig gestiegen ist. Die Ausgleichsabgabe für Menschen mit Behinderung steigt aber nur, wenn wir weniger Menschen mit Handicap auf dem Arbeitsmarkt haben. Das muss man doch bedenken. Das ist keine Zahl, derer man sich rühmen kann. Die Einnahmen steigen prozentual, aber das heißt, wenn die Zahl gestiegen ist, dann haben wir nicht mehr Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Entschuldigung, der erste Arbeitsmarkt ist ungerecht. Es heißt also, dass wir nicht mehr Menschen in Firmen gebracht haben.

Auch hier ist der Freistaat Bayern kein gutes Beispiel. Ich weiß, letztes Jahr sind Sie von der Bundesarbeitsagentur aufgefordert worden, sich hier mehr zu bemühen.

Unsere Kommunen machen hier oft viel, viel mehr. Wir haben über eine Millionen Menschen mit Schwerbehinderung in Bayern. 2001 waren es 8 %, im Jahr 2015 sind wir bei fast 9 %. Es würde mich interessieren, wie das heute aussieht. Die Daten zu bekommen, dauert vielleicht noch, der sture Verweis auf die Ausgleichsabgabe bringt uns aber nicht weiter. Für die Menschen, die in Werkstätten arbeiten, möchte ich auch noch etwas sagen. Für uns FREIE WÄHLER ist jeder Arbeitsplatz ein wichtiger Arbeitsplatz. Für uns zählt jeder, der arbeiten will. Für uns ist auch ein Arbeitsplatz in einer Werkstätte ein Arbeitsplatz. Ich zolle meinen größten Respekt den Menschen, die so lange geduldig an die Arbeit herangeführt werden. Wir müssen einen stärkeorientierten Ansatz haben und in Zukunft nicht nur auf die Schwächen eingehen.

Noch etwas zu diesem Thema; das haben Sie im Bericht auch stehen, nämlich die Förderung von Menschen mit Behinderung. Im letzten Jahr ist es ein paarmal passiert: Es konnten noch nicht einmal die 30.000 Euro für die Parität in Werkstattbeiräten ausgegeben werden. Wenn wir von Vereinfachungen im System sprechen und von Inklusion, dann darf es doch für den Freistaat Bayern kein Problem sein, wie ein Mensch mit Behinderung wählen kann, wie ein blinder Mensch wählen kann. Es muss doch möglich sein, die Informationen in einfacher Sprache leichter zugänglich zu machen. Es muss doch etwas für Hör- und Sinnesbehinderte gemacht werden. Es muss benannt werden, dass der Freistaat hier kein gutes Beispiel ist. Auch das ist ein großes Stück des Weges.

Das sind nur einige wenige Beispiele. Ich hätte noch mehr davon. Eines aber möchte ich Ihnen noch mitgeben. Es zeigt sich, dass auch Sie nicht sehr viel Zuversicht in Ihre Ministerin haben. Das sehe ich nämlich an Ihrem Dringlichkeitsantrag Nummer 2 von gestern, mit dem Sie eine Vereinfachung der Förderkulisse wollen. Sie wollen das Ziel "Sicherheit im Alter" noch besser erreichen und das Ansehen sozialer Berufe weiter verbessern. Das ist doch ein Misch-Maschi-, Wischi-Waschi-Antrag. In diesem Antrag

haben Sie all diese Anliegen drin, für die in den letzten vier Jahren filigran gestrickte Anträge eingereicht und dann von Ihnen abgelehnt worden sind.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich sehe hier keine Zuversicht der CSU in die Frau Ministerin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmidt. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die "Süddeutsche Zeitung" titelte die Vorberichterstattung zu dieser Aussprache mit: "Schamlose Schönfärberei". Ich möchte hinzufügen: vollkommenes Desinteresse an der Lösung der sozialen Probleme im Freistaat Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Während ich in den Sozialberichten der vergangenen Jahre zu einzelnen Punkten immer noch detaillierte Studien fand, beispielsweise zur Verschuldung Jugendlicher oder Ähnliches, verbunden mit einem Versuch von Lösungsansätzen, ist dieser Bericht eine beliebige Anhäufung von Statistiken. Ich finde keine Konzeption, wie die Probleme angegangen werden sollen, und auch nicht den Versuch einer Bewertung, wie Instrumente bisher genutzt oder auch nicht genutzt wurden.

(Zuruf von der CSU)

Ich denke deshalb, im Vergleich mit den vergangenen Jahren ist dies der unambitionierteste Sozialbericht, den ich bislang vorgefunden habe.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

– Ehrlich, ich habe die Berichte immer sehr genau gelesen. Sie müssen jetzt gar nicht mit dem Kopf wackeln.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das ist wirklich ein sehr unambitionierter Bericht. Er zeigt, dass Sie gar nicht gewillt sind zu handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ganze aber geschieht in einer Situation, in der die Armutsquote im reichen Land Bayern steigt und die Schere zwischen Arm und Reich sich weiter öffnet. Das gilt vor allem für Jugendliche unter 25 Jahren und für Frauen und Männer mit Migrationshintergrund sowie für Rentnerinnen und Rentner, insbesondere aber für Rentnerinnen. Wir haben es gehört. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende mit Kindern. Gerade bei Letzteren steigt die Armutsquote, und zwar trotz des Landeserziehungsgeldes und des Landesbetreuungsgeldes.

Da muss man sich fragen, ob man auf dem richtigen Weg oder auf dem falschen Weg ist. In Bayern sind 170.000 Personen betroffen. Statt bürokratielastige Leistungen abzubauen, kürzen Sie dem Zentrum Familie und Soziales die Mittel und Stellen. Sie müssten vielmehr die Rahmenbedingungen für die Menschen, die mit vielen Kindern leben, verbessern. Kinder in Bayern dürfen kein Armutsrisiko sein, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen, dass kinderreiche Familien in Bayern zu 20 % von Armut betroffen sind. Dagegen müssen wir etwas tun, und dazu müssen wir meiner Meinung nach auch die Rahmenbedingungen verbessern.

In Bayern fehlen nach wie vor Kinderbetreuungsplätze und Krippenplätze. Unverständlich ist, dass das Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats 2014 ausgelaufen

ist. Unverständlich ist auch, dass wir den niedrigsten Anteil an Ganztagsbetreuung haben und dass die Förderung der Kindertagesstätten, die an schwierige Arbeitszeiten angepasste Öffnungszeiten hatten, ausgelaufen ist. Gerade Frauen, die in solchen Berufen arbeiten, in denen sie nicht besonders viel verdienen, zum Beispiel im Verkauf, brauchen mitunter Krippenplätze oder Kindergartenplätze mit überlangen Öffnungszeiten. Das kann aber nicht zum Nulltarif funktionieren.

An den Rahmenbedingungen fehlt es, und daran muss gearbeitet werden. Das muss die Konsequenz aus diesem Bericht sein. Gearbeitet werden muss auch an anderen Rahmenbedingungen, nämlich an den Bedingungen fürs Wohnen. Kinderreiche Familien und Alleinerziehende leiden besonders unter der jetzigen Situation am Wohnungsmarkt. Wir erleben, dass die Wohnungslosigkeit und auch die Obdachlosigkeit in Bayern deutlich zunehmen. Ihre Daten gehen aber nur bis zum Jahr 2014. Wer sich jetzt mit sozialen Einrichtungen beschäftigt und mit ihnen spricht, wüsste es besser. Dann hätte er auch aktuellere Daten und könnte die Handlungsnotwendigkeiten erkennen. Mittlerweile sind besonders auch Frauen von Obdachlosigkeit betroffen.

Ich habe heute zum Beispiel mit dem SkF in Augsburg gesprochen. Über 200 Frauen geben den SkF als Adresse an. Wohnungsnot kann man nicht nur daran messen, dass man die kommunalen Notquartiere zählt und dann sagt, so viel Obdachlosigkeit haben wir. Man muss auch sehen, wie die Menschen leben, die derzeit von Obdachlosigkeit betroffen sind. Nicht alle befinden sich in diesen Einrichtungen.

Ich halte es für einen Skandal, dass in dieser Situation die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in Bayern so niedrig sind wie noch nie in den letzten 20 Jahren. Im Jahr 2017, in dem der Finanzminister überbordende Steuereinnahmen zu verzeichnen hat, verkündet er, dass die Mittel für den sozialen Wohnungsbau gegenüber dem letzten Jahr, als sie ohnehin nicht besonders hoch waren, nochmals halbiert werden. Das ist ein Skandal erster Güte. Wir müssen uns deshalb nicht wundern, wenn es ältere Frauen, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende und kinderreiche Familien am Wohnungsmarkt schwer haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie aus diesem Sozialbericht Konsequenzen ziehen, müssten Sie handeln. Eine Forderung wäre: Nehmen Sie die Kürzung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau zurück. Bemühen Sie sich darum, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Die Wohnungsbauunternehmen wären dazu bereit.

Bei der Integration lehnen Sie sich zurück und sagen: Integration gelingt in Bayern so gut wie nirgendwo.

(Ingrid Heckner (CSU): Wo leben Sie denn?)

– In Augsburg, liebe Kollegin. Ich kann Ihnen auch sagen, dass Integration in Augsburg nur deswegen gelingt, weil von der Kommune und von den Ehrenamtlichen viel Arbeit geleistet wird. An Unterstützung durch den Freistaat mangelt es. Da sehe ich hinten und vorne nichts. Wunderbar wäre es zum Beispiel, wenn für den Ausbau und die Ertüchtigung von Schulen und Kindertagesstätten genau dort, wo man sie besonders dringend braucht, Förderprogramme aufgestellt würden.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Christine Kamm (GRÜNE): Ich sage Ihnen nur noch eines: Auch für Schule und Bildung muss wesentlich mehr getan werden. Nach wie vor ist es ein Skandal, dass Migrantinnen und Migranten wesentlich schlechtere Chancen haben, einen berufsqualifizierenden Abschluss zu erreichen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Damit wird ein Armutsrisiko für die nächste Generation geschaffen. Nehmen Sie die Daten zur Kenntnis und schauen Sie mich nicht nur fragend an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Kamm. – Nächster Redner ist der Kollege Thomas Huber. Bitte schön.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Allen meinen Vorrednern von der Opposition möchte ich zurufen: Sie können noch so viele Versuche starten, die soziale Lage Bayerns schlechtzureden, Fakt ist doch, dass die Regierungserklärung unserer Ministerin heute eindrucksvoll gezeigt hat, dass die soziale Lage in Bayern noch nie so gut war wie heute. Die Menschen in Bayern haben die bundesweit besten Arbeitsmarktchancen, die im Durchschnitt höchsten Nettovermögen, und sie sind am wenigsten auf staatliche Hilfeleistungen angewiesen. Auch das muss als positive Bilanz zum Ausdruck gebracht werden dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Im Vergleich mit den anderen deutschen Ländern genießen die Menschen in Bayern auch ein außerordentlich hohes soziales Niveau. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen Sie sich doch einmal die Länder um uns herum an, auch die Länder innerhalb Deutschlands, und reden Sie mit den Menschen dort. Nur dann können Sie einen ehrlichen Vergleich mit Bayern machen. Von diesem hohen sozialen Niveau profitieren mehr Menschen als in allen anderen deutschen Ländern, nicht alle, aber mehr.

In Bayern nehmen weniger Menschen Leistungen der staatlichen Mindestsicherung in Anspruch, um ihren Lebensunterhalt zu decken, als in allen anderen deutschen Ländern. Auch die Einkommen in Bayern sind gleichmäßiger verteilt. Als Stichwort erwähne ich nur die Kluft zwischen Arm und Reich. Diese Kluft gibt es, aber die Einkommen sind gleichmäßiger verteilt, und die Einkommensspreizung ist auch nicht so hoch wie in anderen deutschen Ländern. Außerdem ist der Anteil der Menschen, die mit einem niedrigen Einkommen zurechtkommen müssen, erheblich geringer als in ganz Deutschland.

Zur Wahrheit gehört auch, dass Bayern unter allen anderen Bundesländern die niedrigste Armutsgefährdungsquote hat. Bei diesem Begriff gibt es auch einiges geradezu-

rücken. Ich weiß nicht, von wem der Vorwurf kam, der gestern in der Zeitung stand. Ich glaube, er kommt von den GRÜNEN; es ist der Vorwurf der statistischen Manipulation bei der Berechnung der Armutsgefährdungsquote, weil die Staatsregierung anstelle des Landesmedians den Bundesmedian heranzieht. Dieser Vergleich hinkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie vergleichen hier Äpfel mit Birnen. Schauen Sie sich einmal die anderen Länder an. Wenn wir wissen wollen, wie Bayern im Vergleich mit den anderen Ländern steht, müssen wir den Bundesmedian heranziehen. Das macht nicht nur Bayern so, das machen auch die anderen Länder. Auch die Wohlfahrtsverbände ziehen den Bundesmedian wegen der besseren Vergleichbarkeit heran. Manipulieren jetzt alle anderen auch? Das frage ich die GRÜNEN.

Zur Tatsache, dass die sogenannte Armutsgefährdungsquote in Bayern am niedrigsten ist, möchte ich noch Folgendes sagen: Haben Sie das Buch "Armut in Deutschland" des langjährigen Generalsekretärs des Caritasverbandes in Deutschland Prof. Cremer gelesen? Darin zeigt er Lösungsmöglichkeiten auf, wie man die jeweiligen Fakten und Zahlen aus den Armutsberichten besser interpretieren kann. Cremer kritisiert zum Beispiel den Alarmismus, mit dem Politiker und auch Sozialverbände Armutsberichte etc. kommentieren. Er fordert die Bereitschaft zum Detail. Diese Bereitschaft zum Detail sollten wir auch bei der Begrifflichkeit der Armutsgefährdungsquote haben. Sie misst nämlich nicht die Armut, sondern nur, wer ein vergleichsweise niedriges Einkommen hat. Es ist ein Vergleichswert zwischen den Einkommen und kein Indikator für die Herausforderungen der Zukunft. Auch darauf bitte ich zu achten.

Ja, die sogenannte Armutsgefährdungsquote Älterer in Bayern beträgt 16,7 %. Damit ist diese Quote höher als anderswo. Der Grund dafür liegt in der Besonderheit der früheren bayerischen agrarischen Wirtschaftsstruktur und in den damit verbundenen Alters- und Sicherungsformen, in den unterbrochenen Erwerbsbiografien und in der nicht vollständigen Anrechnung der Erziehungszeiten, weil sich in der Vergangenheit auch in der Landwirtschaft viele Frauen dazu entschlossen haben, die Erziehung der Kinder selbst zu übernehmen. Wir sind froh, dass es in Bayern diese Wahlfreiheit gibt

und die Frauen entscheiden können, ob sie die Kinder selber erziehen oder nicht. Hinzu kommen aber auch die hohen Immobilienpreise und Mieten, die gerade in den Ballungsräumen die Lebenshaltungskosten verteuern.

Richtig ist aber auch: Im Jahr 2015 nahmen 2,8 % der Bevölkerung Bayerns im Alter die Grundsicherung in Anspruch. In Bayern nimmt die sogenannte Armutsgefährdungsquote Älterer weniger stark zu als in Deutschland bzw. Westdeutschland – trotz der hohen Lebenshaltungskosten. Die beste Maßnahme gegen Altersarmut und für Generationengerechtigkeit ist eine Politik für Wachstum und Beschäftigung. Da haben wir mit unserer aktuellen wirtschaftlichen Situation eine gute Voraussetzung für die Zukunft geschaffen.

Rund sieben Jahrzehnte nach der Erfindung der sozialen Marktwirtschaft sind wir in Bayern dem großen Ziel, Wohlstand für alle zu erreichen, ein Stück näher gekommen. Dank seiner wirtschaftlichen Stärke und Dynamik ist Bayern, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 43.000 Euro, das reichste aller Flächenländer in Deutschland. Ich möchte hier allen, die dazu beigetragen haben, ein herzliches "Vergelts Gott" sagen. Das war nicht nur die Politik, sondern das waren auch unsere Firmen, Ehrenamtlichen, Mittelständler und Handwerker. Ein herzliches "Vergelts Gott" dafür.

(Beifall bei der CSU)

Auch dem Ziel der sozialen Marktwirtschaft, möglichst allen Menschen Arbeit zu geben, sind wir ein Stück näher gekommen; die Anzahl der Erwerbstätigen beträgt 7,3 Millionen. In den vergangenen 25 Jahren hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern um über 1,2 Millionen Menschen erhöht. Das entspricht den Einwohnerzahlen der nach München größten fünf bayerischen Städte Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Würzburg zusammen. Das muss man sich bildlich vorstellen. Ich glaube nicht, dass es in Europa ein anderes Land gibt, das in dieser Zeit im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ein ähnlich hohes Wachstum der Erwerbstätigenzahlen vorzuweisen hat. Gleichzeitig erreicht die Arbeitslosenquote einen historischen Tiefstand.

Die Ministerin hat dies vorher angesprochen. Das heißt, in Bayern herrscht in vielen Regionen praktisch Vollbeschäftigung. Im Gegensatz zu anderen deutschen und europäischen Ländern gibt es bei uns nicht nur in den Ballungsräumen Jobs, sondern in allen Landesteilen. Das wird mit unserer Heimatstrategie weiter gefördert. Die Spannweite der Arbeitslosenquoten in den Bezirken betrug 2016 nur noch 1,1 %. Wir haben es in den vergangenen zehn Jahren gemeinsam mit den Kommunen und Firmen geschafft, die Arbeit zu den Menschen zu bringen, und daran arbeiten wir weiter.

Diese Fakten und Zahlen belegen, dass wir und die Menschen in Bayern in den vergangenen Jahren vieles richtig gemacht haben. Aber trotz dieser großen Erfolge sind wir auch in Bayern vom Ziel "Wohlstand für alle" noch ein Stück entfernt. Deshalb müssen wir uns immer wieder aufs Neue Gedanken machen, wie wir auch denjenigen helfen können, die an unserem insgesamt sehr breiten Wohlstand in geringerem Maße partizipieren und die das Gefühl haben, dass ihnen das Geld, das sie verdienen, zu dem Leben, das sie sich persönlich vorstellen, nicht reicht.

Liebe SPD und GRÜNE, Herr Kollege Fahn, Sie werfen der Ministerin vor, es gehe ihr um Selbstdarstellung, um Schönfärberei oder, wie vorhin gesagt wurde, um Heuchelei. Auch das "Hohelied der Selbstgefälligkeit" wurde genannt. Ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das ist an Beleidigung und Unverfrorenheit nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der CSU)

Der Bericht stellt die Situation in Bayern zutreffend dar und benennt auch die Problemfelder. Der vorliegende Bericht zur sozialen Lage setzt sich unter anderem ehrlich die Ziele, die Armutsgefährdung Älterer mit adäquaten Maßnahmen zu bekämpfen. Im Sozialausschuss haben wir uns über dieses Thema ausgetauscht. Wir brauchen dazu die Unterstützung des Bundes, und wir hoffen, in Berlin auch die Unterstützung des Koalitionspartners zu bekommen, wenn es um die Einführung des dritten Punktes bei

der Mütterrente geht. Das ist ebenfalls ein Beitrag zur Gerechtigkeit und zur Bekämpfung der Altersarmut.

Auch die weitere Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit ist in diesem Bericht als Ziel formuliert, weil Arbeit die beste Armutsvermeidung ist. Es gilt, die ohnehin sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeit komplett zu beenden gemäß dem Motto: Kein Jugendlicher darf verloren gehen.

Liebe Kollegin Schmidt, zu Ihrer Behauptung, das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf käme zu kurz, das Problem der Frauenarmut würde vernachlässigt: Das ist ganz und gar nicht der Fall! Vor allem alleinerziehende Frauen sind von Altersarmut öfter betroffen als Männer. Auch das steht in diesem Bericht. Das gehört auch zur Ehrlichkeit. Deshalb müssen wir die Ursachen der Armutsgefährdung beseitigen. Da sind wir wohl alle beieinander.

Liebe Frau Schulze, darüber hinaus tun wir alles, damit Flüchtlinge mit Bleibeperspektive trotz oftmals vorhandener bürokratischer Hemmnisse eine Ausbildung, einen Praktikumsplatz oder einen Arbeitsplatz erhalten. Für 5.000 Jugendliche wurden Ausbildungsplätze vermittelt. 25.500 Jugendliche machen Praktika, 30.500 sind bereits heute in Arbeit. Das sind nahezu 60.000 Personen. Wir haben also heute das Ziel erreicht. Sie aber schimpfen, wir würden in diesem Bereich zu wenig tun, es würden Knüppel zwischen die Beine geworfen.

Die bundesweit geringste Hartz-IV-Quote bei Ausländern ist ein deutliches Zeichen dafür, dass Bayern das Land der gelingenden Integration ist. Bei allem, was wir noch verbessern können, zeigt die soziale Lage in Bayern, dass sie ausgesprochen gut ist. Auch das darf man einmal sagen und steht in dem Bericht! Das hat nichts mit Schönfärberei zu tun.

Wir werden uns auf dem bisher Erreichten sicherlich nicht ausruhen. Deswegen haben wir den Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem wir fordern, die Ergebnisse dieses Be-

richts zu analysieren und zu berücksichtigen, die erfolgreiche Sozialpolitik weiterzuführen und dabei zu prüfen, in welchen Bereichen sich Bayern weiter verbessern kann.

In diesem Sinne danke ich auch unserer Ministerin und ihrem Staatssekretär ganz herzlich, vor allem aber dafür, dass sie bereits heute den Beirat für nächste Woche eingeladen hat, um angesichts der Herausforderungen mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu beginnen, die Erkenntnisse aus dem Vierten Sozialbericht zu bearbeiten und Verbesserungen in Angriff zu nehmen. In diesem Sinne herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Huber. – Der letzte Redner in dieser Aussprache ist Herr Kollege Pfaffmann. Bitte schön, Herr Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier die Argumente diskutiert; deswegen will ich nicht auf die einzelnen Themen und Defizite eingehen. Vielleicht am Anfang nochmals eine Klarstellung, weil es offensichtlich ein Herzenswunsch der CSU ist, die Frage zu klären, ob die Opposition den Sozialbericht schlechtredet. Ich sage hier ganz deutlich: Kein Mensch redet hier irgendetwas schlecht. Selbstverständlich und ohne Zweifel konnten in Bayern in den letzten Jahren auf sozialem Gebiet Verbesserungen erreicht werden. Da geht es nicht um das Schlechtreten. Das ist so, und das erkennen wir an.

Aber es ist das Parlament, der Ort der politischen Diskussion, der richtige Platz, um die negativen Erkenntnisse oder Schattenseiten einer insgesamt nicht schlechten Lage zu benennen. Das ist der Ort, an dem das zu diskutieren ist. Der Unterschied zwischen der Opposition und der Regierungsmehrheit ist, dass wir uns auf die Seite derer stellen, die sich eben nicht auf der Sonnenseite des Lebens befinden. Das überlassen wir gerne der CSU. Alle Reden, die Sie heute gehalten haben, haben sich ausschließlich auf den bessergestellten Teil der Bevölkerung bezogen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben eine andere Aufgabe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben heute in allen Ihren Wortbeiträgen deutlich gemacht, dass die Menschen, denen es nicht so gut geht, von Ihnen nichts, aber auch gar nichts zu erwarten haben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Frau Staatsministerin, für die Staatsregierung wäre es gut, wenn sie den Menschen, die im Leben täglich kämpfen müssen, Zuversicht geben würde. Sie könnten Existenzängste nehmen und den Menschen Hoffnung geben, dass es auch für den anderen Teil der Bevölkerung besser wird. Das wäre gut. Heute haben Sie jedoch eine ganz andere Botschaft ausgesendet, nämlich: Lieber Hartz-IV-Empfänger, liebe allein-erziehende Mütter und Väter, liebe ältere Menschen, die ihre Miete nicht mehr bezahlen können, liebe junge Menschen ohne Perspektive, beschwert euch nicht, sondern schaut in andere Bundesländer, wo es noch schlechter ist. – Das ist eine eiskalte sozialpolitische Botschaft, die deutlich zeigt, dass die CSU eben keine Partei der sozialen Gerechtigkeit ist. Stattdessen ist sie eine Partei, die ein Drittel der Menschen in Bayern einfach alleinlässt. Das ist ihr programmatischer Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben heute in Ihren Wortbeiträgen sehr viele Vergleiche zu anderen Bundesländern gezogen. Das kennen wir in diesem Hause schon. Das ist mittlerweile Ihr einziges programmatisches Vorgehen. Sie streben nicht mehr die Lösung von Problemen an, sondern stellen Ihre ganze Kraft, Ihre Ressourcen und Wortbeiträge darauf ab, Bundesländer zu suchen, in denen es ein bisschen schlechter ist als hier. Darauf konzentrieren Sie Ihre gesamte Kraft. Das ist jedoch keine Problemlösung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mir wünschen, dass Sie sich weniger mit anderen Bundesländern vergleichen und dort mit der Lupe suchen, um sich noch besser darstellen zu können. Stattdessen sollten Sie Antworten auf die in diesem Sozialbericht benannten Probleme geben.

Liebe Frau Ministerin, ich spreche Ihnen den guten Willen, eine Verbesserung herbeizuführen, gar nicht ab – überhaupt nicht. Sie sollten aber auch danach reden und nicht einen Auftrag aus der PR-Abteilung der CSU-Regierung erfüllen; denn nichts anderes war Ihre Rede heute. Sie haben eine Werbestrategie aufgelegt, ohne Antworten auf die Probleme, die der Sozialbericht deutlich aufzeigt, zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Sie geben keine Antworten auf die Schwierigkeiten, die wir trotz der in der Tat guten Lage haben. Es ist keine Antwort, den Menschen, die sich die Miete nicht mehr leisten können, den armutsgefährdeten Kindern und den Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht mehr auf die Reihe kriegen, zu sagen: Freunde, wir haben in Bayern einen super Durchschnittswert. Beschwer euch nicht. Was wollt ihr eigentlich? – Das ist keine Politik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nichts anderes als der Versuch, ein positives Stimmungsbild zu zeigen. Wenn es Ihr parlamentarischer Auftrag ist, dem Mitarbeiterstab einer PR-Strategie der CSU anzugehören, erfüllen Sie Ihren Wählerauftrag nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die Hilfe brauchen. Sie haben in der Aussprache zu diesem Sozialbericht null Komma null Antworten gegeben. Sie haben Ihre ganze Kraft darauf konzentriert, ein wunderschönes Bild der sozialen Lage Bayerns aufzuzeigen. Wir sagen selber, dass sie nicht schlecht ist. Das hilft den Menschen jedoch nicht. Von Lobhudelei können die armen Kinder nicht abbeißen, wenn sie in die Schule gehen.

(Beifall bei der SPD)

Von Schönfärberei können die Rentnerinnen und Rentner ihre Miete nicht bezahlen. Die Vermieter akzeptieren keine Schönfärberei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vermieter wollen Geld sehen. Wenn Sie den Menschen, die von Hartz IV leben müs-

sen, ständig erklären, dass sie doch eigentlich zufrieden sein können, weil sie in einem wunderschönen Land leben, hilft es ihnen nicht weiter. Das sollten Sie in Ihre programmatische Debatte aufnehmen.

Gestatten Sie mir vielleicht noch zwei Sätze. Das sage ich ganz bewusst: Weil Sie dieses Problem nicht in den Blick nehmen wollen, um die schöne CSU-Kulisse nicht zu zerstören, sind Sie ein soziales Sicherheitsrisiko, Kolleginnen und Kollegen. Die heutige Debatte hat gezeigt, dass wir mit Ihnen die Probleme nicht lösen können. Ich sage das deswegen, weil ich die Debatten im Sozialausschuss verfolgen kann. Trotz der schönen Worte, die Sie heute zum Besten gegeben haben, geben Sie im Sozialausschuss keine Antworten auf die bestehenden Probleme. Das verfolgen die Menschen nur am Rande. Sie haben in den letzten zehn Jahren jeden, aber auch jeden Antrag, der zu einer Verbesserung der Situation führen würde, selbst wenn er noch so einfach und klein war, abgelehnt. Das ist Ihre Botschaft an die Menschen, denen es nicht so gut geht. Sie haben keine programmatischen Antworten, und Sie wollen auch keine geben. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind nicht die Partei der sozialen Gerechtigkeit, obwohl Sie das die Menschen immer wieder glauben machen wollen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Pfaffmann. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es wäre auch gar keine Redezeit mehr übrig. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Frau Staatsministerin Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein starkes Land.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Das sage nicht nur ich, sondern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das sagt auch Ihre designierte Parteivorsitzende. Sie fordert Sie auf, das Land nicht schlechtzureden.

(Beifall bei der CSU – Christine Kamm (GRÜNE): Zu welchem Thema sprechen Sie jetzt?)

Herr Pfaffmann, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das in Ihrem Beitrag betont haben; die Pressearbeit der SPD sieht jedoch anders aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich frage mich schon, warum Sie die Untersuchungsergebnisse von fünf wissenschaftlichen Instituten infrage stellen, die die Grundlage für den Vierten Sozialbericht darstellen. Die bestehenden Herausforderungen habe ich vorhin benannt. Dennoch ist die soziale Lage in Bayern so gut wie nie. Ich möchte auch nicht, dass unsere Situation schlechtgeredet wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie sollte aber auch nicht schöngeredet werden!)

Noch nie hatten wir in Bayern einen solch boomenden Arbeitsmarkt; das muss man auch sagen. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten, wir haben ein Allzeithoch von Beschäftigten, wir haben die Jugendarbeitslosigkeit besiegt. Für andere Länder wäre eine solche Lage etwas Wunderbares; sie würden sich freuen, wenn sie in einer solchen Lage wären. Die abgewählten rot-grünen Kolleginnen und Kollegen aus den Landtagen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wären um eine solche Lage, wie wir sie in Bayern haben, sicher froh.

(Beifall bei der CSU – Georg Rosenthal (SPD): Ich will, dass das aufhört!)

Liebe Frau Schmidt, die Ausgleichsabgabe fließt den Menschen mit Behinderung wieder zu, gar keine Frage. Unsere Aufgabe ist es, alle Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, wenn sie das körperlich schaffen und wenn sie auch die nötige Unterstützung haben. Wir brauchen aber auch die Werkstätten. Die Werkstätten sind dazu da, all diejenigen Menschen tagtäglich zu beschäftigen, die einen Ar-

beitsplatz im ersten Arbeitsmarkt überhaupt nicht ausfüllen können. Dafür gibt es auch diese Abgabe; wir nutzen sie. Ich habe nicht damit angegeben oder mich darüber gefreut, dass die Abgabe gestiegen ist, wie Sie gesagt haben, sondern für mich ist sie ein Instrument, um Behindertenpolitik gut machen zu können. Es wäre anders auch nicht möglich.

Eines war mir schon seit Langem klar: Die Opposition würde die sogenannte Armutsgefährdungsquote instrumentalisieren – ich habe das in meiner Rede auch gesagt – und wieder Schreckensszenarien zeichnen. Wer so etwas macht, spielt mit den Ängsten der Menschen. Wer das tut, zündelt mit dem sozialen Frieden in unserem Land.

(Beifall bei der CSU – Christine Kamm (GRÜNE): Und Sie ignorieren das alles!)

Ich lasse mir auch keine Schönrederei vorwerfen. Das habe ich überhaupt nicht nötig; das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Ich richte mich nach den Fakten. Der Paritätische Wohlfahrtsverband sagt übrigens über Bayern und Baden-Württemberg: "... Bayern und Baden-Württemberg heben sich mit Armutsquoten von 11,6 und 11,8 % ganz deutlich und positiv von den anderen Ländern ab." – Ich habe es Ihnen erklärt und bleibe dabei: Die Armutsgefährdungsquote sagt nur wenig darüber aus, wer wirklich arm ist.

Sie sagen, wir würden die Menschen in Armut vernachlässigen, und nennen dabei Kinder, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Ältere. Genau diese Gruppen habe ich auch benannt. Sie brauchen wirklich unsere Hilfe und unsere Unterstützung; für sie unternehmen wir gezielt viele Maßnahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Sie es aus der Opposition heraus immer wieder bestreiten: Bayern ist Familienland Nummer eins. Wir haben die Kinderbetreuung in den letzten Jahren verstärkt ausgebaut, wir haben einen Familienpakt mit der bayerischen Wirtschaft geschlossen. Wir wollen, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser funktioniert. Wir haben auch Möglichkeiten geschaffen für die Randzeitenbetreuung: Die Kitas können Konzepte auflegen und beispielsweise Tagesmütter

einsetzen; denn man will doch bedarfsgerecht öffnen. Nicht jeder Kindergarten muss von 6.00 bis 18.00 Uhr am Abend geöffnet haben. Das ist auch nicht die Zielsetzung.

(Christine Kamm (GRÜNE): Aber man könnte das fördern!)

– Wir fördern diese Randzeitenbetreuung und nehmen auch die Tagesmütter dazu. Frau Kamm, das wissen Sie so gut wie ich. Diese Möglichkeit besteht.

Auch wenn Frau Schulze jetzt nicht da ist, möchte ich darauf hinweisen, dass man sich auch in der Fraktion der GRÜNEN die Wortwahl überlegen sollte. "Herdprämie" zu sagen, finde ich unfassbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Denn was denken dabei Frauen, die sich entschieden haben, zu Hause beim Kind zu bleiben und das Betreuungsgeld zu nehmen, wenn sie dann von den GRÜNEN beschimpft werden, dass sie eine "Herdprämie" bekommen und ganz einfach abgehängt sind? – Ich muss schon sagen: Eine solche Semantik passt mir als Sozialministerin überhaupt nicht.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern sind im Verhältnis zu anderen Bundesländern und zum Bund insgesamt sehr viele Frauen mit minderjährigen Kindern berufstätig, nämlich 73,4 %. An dieser Zahl sieht man auch, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu managen ist.

Auf die Frage: Was soll denn die Aussage "Bayern soll Bayern bleiben" in einer weltoffenen Gesellschaft? sage ich Ihnen: Wir legen Wert darauf, dass Bayern Bayern bleibt; denn Bayern war schon immer weltoffen. Wir leben nach dem Motto "Leben und leben lassen", wir wahren unsere Tradition und unser Brauchtum, und wir achten auch darauf, dass bei uns in Bayern Tradition und Fortschritt nach wie vor im Mittelpunkt stehen.

Ich komme zur Integration. Ich möchte, dass wir die Menschen integrieren, die bei uns eine Bleibeperspektive haben, gar keine Frage. Momentan leben 33.000 Menschen mit einer Bleibeperspektive in den Unterkünften. Ich gehe davon aus, dass es mit Familiennachzug 70.000 bis Ende des Jahres werden. In erster Linie müssen wir uns darum kümmern, dass sie einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz bekommen, nicht um die Ausnahmen, die eigentlich abgelehnt sind und abgeschoben gehören. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen; denn das wird uns vor eine große Zerreißprobe stellen.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Integration darf sich bei allem Entgegenkommen nicht die Frage stellen, wer sich nach wem richten muss. Ich glaube: Wer bei uns bleiben will, muss sich an den Kriterien orientieren, nach denen wir hier zusammenleben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf all den Erfolgen, die wir erzielt haben, ruhen wir uns nicht aus. Wir müssen hart daran arbeiten, dass Bayern auch in Zukunft erfolgreich ist. Nur so können die Menschen in Bayern auch weiter von der hervorragenden sozialen Lage profitieren. Darüber, wie wir das machen, bin ich zur Diskussion bereit. Genau deswegen – der Kollege Huber hat es vorhin angesprochen – habe ich den Beirat eingeladen, der bereits die Erstellung des Berichts begleitet hat. Wir werden am kommenden Montag die erste Sitzung haben. Sie wird der Auftakt zu einem breiten Diskurs darüber sein, wie wir die gute soziale Lage in Bayern erhalten und verbessern können. Wir kümmern uns um die Menschen, die in schwierigen Lebenssituationen sind. Herr Pfaffmann, Sie haben es vorhin angesprochen: Wir nehmen den Auftrag des Vierten Sozialberichts ernst. Wir wollen unser Augenmerk auf schwierige Situationen bei der älteren Generation, bei Langzeitarbeitslosen, bei Alleinerziehenden und bei all den Menschen, die jetzt Probleme haben, richten. Dafür brauche ich die Unterstützung aller, und um die bitte ich auch alle. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir werden jetzt noch über die Liste abstimmen und die beiden Ersten Lesungen durchführen. Das müssten wir eigentlich bis 13.00 Uhr schaffen. Dann gehen wir in die Mittagspause.